



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Kritische Reflexion über die Dominanz neoliberaler
Demokratiekonzeptionen im Diskurs und System

Verfasser

Felix Kristan

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A300

Studienrichtung laut Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin:

Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky

Inhaltsverzeichnis:

1.	Einleitung	S. 4
2.	Verhältnis von Neoliberalismus und Demokratie	S. 6
2.1	Begrenzung der Demokratie im Liberalismus	S. 10
2.2	Neoliberale AkteurInnen	S. 19
2.3	Neoliberale Logiken bei Michel Foucault	S. 21
2.4	Freiheitsbegriff	S. 24
2.5	Begrenzung der Demokratie im Neoliberalismus	S. 25
3.	Radikal-demokratischer Diskurs	S. 31
3.1	Konflikt vs. Konsens	S. 41
3.2	Gleichheit vs. Elitenherrschaft	S. 45
3.3	Kritik am radikal-demokratischen Diskurs	S. 48
3.4	Athenische Demokratie	S. 52
3.5	Radikale Demokratie ursprünglich gedacht und die Forderung nach Revolution	S. 59

4.	Erkenntnisgewinn	S. 63
5.	Literaturverzeichnis	S. 69
6.	Anhang	S. 79
6.1	Inhaltsangabe	S. 79
6.2	Abstract	S. 80
6.3	Lebenslauf	S. 82

1. Einleitung

Der zentrale Untersuchungsgegenstand dieser Diplomarbeit liegt in der Erforschung einer neoliberalen Demokratiekonzeption und deren Bedeutung für den Entwicklungsprozess von Demokratiesystemen im Allgemeinen. Im Rahmen einer kritischen Reflexion wird auf den folgenden Seiten die Dominanz einer derartigen Konzeption im Diskurs und im System westlicher Demokratien oder Demokratien westlichen Vorbildes analysiert und hinterfragt werden.

Es ist mehr als eindeutig, dass eine neoliberale Demokratiekonzeption das System solcher Demokratien stark geprägt hat. Mein Anliegen ist es, genauer nachzuprüfen, welche Denkmodelle neoliberaler Theorien dafür maßgeblich waren und welche Aspekte der neoliberalen Demokratiekonzeption im wissenschaftlichen Diskurs zu finden sind oder reproduziert werden.

Anstoß für diese Themenwahl war für mich die Lektüre der in Buchform erschienenen Vorlesungsreihe „Die Geburt der Biopolitik – Geschichte der Gouvernementalität II“ von Michel Foucault (2006). Dabei hat mich vor allem der Teil, in dem Foucault den zeitgenössischen Neoliberalismus charakterisiert, interessiert. Durch den Inhalt dieser Vorlesung¹, wurde mir der Einfluss des Neoliberalismus auf die Gesellschaft (vgl. Foucault 2006: 206-207) und somit auch auf die in der Gesellschaft dominante Konzeption bewusst. Mein starkes Interesse an Demokratietheorie in Verbindung mit der eben beschriebenen Erkenntnis, warf für mich die Frage auf, wie weit neoliberale Denkweisen den Diskurs über Demokratie und das System von Demokratie prägen. In Folge habe ich in der Literatur, welche im Literaturverzeichnis aufgezählt ist, nach einer Antwort gesucht und bin zum Teil fündig geworden.

Der Analyseteil dieser Arbeit² wird sich in zwei große Bereiche gliedern: Im ersten Teil werde ich ganz allgemein das Verhältnis von Demokratie und Neoliberalismus beschreiben, in dem ich unter anderem näher auf sogenannte neoliberale Logiken eingehe und undemokratische Aspekte in der liberalen und neoliberalen Demokratiekonzeption aufzeigen werde.

¹ Auf den Inhalt dieser Vorlesungsreihe werde ich in Kapitel 2.3 „Neoliberale Logiken“ noch genauer eingehen.

² Der Analyseteil besteht aus Kapitel 2 „Verhältnis von Neoliberalismus und Demokratie“ und Kapitel 3 „Radikal-demokratischer Diskurs“.

Der zweite Teil wird den radikal-demokratischen Diskurs behandeln. Dabei wird eine Gegenüberstellung der neoliberalen Demokratiekonzeption mit radikal-demokratischen Demokratiekonzeptionen stattfinden. Im Allgemeinen habe ich mich entschieden unter anderem den radikal-demokratischen Diskurs in meiner Diplomarbeit zu behandeln, da ich untersuchen wollte, ob es Ähnlichkeiten zu meiner eigenen Auffassung einer radikalen Demokratie gibt. Hierfür habe ich mich eingehend mit dem radikal-demokratischen Diskurs beschäftigt und exemplarisch verschiedenste Autoren dieser sozialwissenschaftlichen Richtung studiert und in Folge sowohl Ähnlichkeiten als auch große Unterschiede zu meinen eigenen Vorstellungen gefunden. Wobei anzumerken ist, dass die meisten radikal-demokratischen Ansätze mit denen ich mich beschäftigt habe, die Hegemonie des Kapitalismus angreifen (vgl. Heil/Hetzel 2006b: 8), während das Hauptaugenmerk meiner kritischen Reflexion auf der Dominanz neoliberaler Demokratiekonzeption liegt.

Im Analyseteil werden in den jeweiligen Unterkapiteln auch immer wieder Beschreibungen zu meinen eigenen Überlegungen einer radikalen und ursprünglich gedachten Demokratie zu finden sein, welche sich von Grund auf gegensätzlich zu der neoliberalen Demokratiekonzeption und ebenso zum Teil unterschiedlich zu den Auffassungen des radikal-demokratischen Diskurses verhalten. Dieses Konzept hat sich erst langsam durch die Recherchen und die wissenschaftliche Forschung zu dieser Diplomarbeit entwickelt.

In Kapitel 5 „Erkenntnisgewinn“ werde ich über die gesammelten Informationen resümieren sowie meine Erkenntnisse in einem Fazit summarisch darstellen.

Mir ist es an dieser Stelle wichtig zu betonen, dass ich mir bewusst bin, dass in den Sozialwissenschaften und vor allem in der Politikwissenschaft nie ganz wertfrei gearbeitet wird und die eigene Perspektive bei der Verwendung von Theorien nie ganz abgeschaltet werden kann. Daher möchte ich nicht verbergen, dass es in dieser Diplomarbeit zwar viele rein analytische Stellen gibt, aber sich genauso Aussagen finden werden, hinter denen ein politischer Anspruch steht. Eine Beeinflussung des Forschungsfeldes durch eigene Perspektiven, Wertvorstellungen oder politische Ausrichtungen findet immer statt. Deswegen ist es von großer Bedeutung dieses Thema anzusprechen und darüber zu reflektieren. Dabei lässt sich eine Ähnlichkeit

zu der belgischen Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe³ (2008: 23) feststellen, welche in den einleitenden Worten ihres Buches „Das demokratische Paradox“ schreibt: „Ich möchte betonen, dass das Ziel der in diesem Band versammelten Aufsätze zugleich politisch und theoretisch ist.“

Ich werde des Öfteren in den verschiedenen Kapiteln eine radikale und ursprünglich gedachte Demokratiekonzeption beziehungsweise ein derartiges Modell von Demokratie ansprechen. Ich will vorweg klarstellen, dass sich diese Konzeption erst im Laufe dieser Arbeit entwickelt hat. Dieser Entwicklungsprozess wird sich dem Leser bei der Lektüre der einzelnen Kapitel langsam eröffnen und seinen Endpunkt in Kapitel 3.5 „Radikale Demokratie ursprünglich gedacht und die Forderung nach Revolution“ erreichen. Erst dort wird eine konkrete und schlussendliche Ausformulierung zu finden sein.

Da ich die Einleitung möglichst kurz halten und nicht zu viel vorwegnehmen möchte, beginne ich nun mit dem Haupt- und Analyseteil.

2. Verhältnis von Neoliberalismus und Demokratie

Bevor ich nun mit dem konkreten Analyseteil und den jeweiligen Unterkapiteln zu dem Thema des Verhältnisses von Neoliberalismus und Demokratie beginne, werde ich mich ganz allgemein an die Begriffe „Neoliberalismus“ und „Demokratie“ heranwagen:

Zum allgemeinen Verständnis will ich noch in Bezug auf den Begriff „Liberalismus“ anmerken, dass ich auf Grund der notwendigen Vereinfachung – und weil dieser Begriff nicht im Mittelpunkt meiner Arbeit steht – keine Einteilung in klassischen/neuen/alten Liberalismus vornehmen werde, sondern mit diesem Begriff immer den gesamten Liberalismus beziehungsweise liberale Demokratietheorie bis zum Aufkommen des Neoliberalismus als theoretisches Konzept ab circa der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts bezeichnen werde.

³ Chantal Mouffe kann zu eine der aktuell wichtigsten VertreterInnen des radikal-demokratischen Diskurses gezählt werden. Ich werde auf ihre Theorien in Kapitel 3 „Radikal-demokratischer Diskurs“ eingehen.

Elmar Altvater (2008) ordnet den Aufstieg des modernen Neoliberalismus, der sich theoretisch aber weiterhin auf Grundlagen des Liberalismus bezieht, zeitgeschichtlich ein:

„Der Neoliberalismus hat eine lange Geschichte: Einige Elemente neoliberaler wirtschaftstheoretischer Ansätze und daraus abgeleiteter wirtschaftspolitischer Konzepte können bis zu den Begründern des liberalen Denkens im frühen 18. Jahrhundert zurückverfolgt werden, zu David Hume, Bernard de Mandeville und anderen. Die moderne Version des Neoliberalismus jedoch erlebt ihren Aufstieg am Ende der 1970er-Jahre nach dem ‚big bang‘, also der vollen Liberalisierung von Finanzmärkten unter Margaret Thatcher in Großbritannien, und mit den ‚Reaganomics‘ in den USA zu Beginn der 1980er-Jahre.“ (Altvater 2008: 50)

„Die letzten Hindernisse eines vollen Sieges des Neoliberalismus in der Welt fielen am Ende des Jahrzehnts im Verlauf der ‚samten Revolutionen‘ in Mittel- und Osteuropa und 1991, als die Sowjetunion in eine Reihe von Staaten zerfiel.“ (Altvater 2008: 58)

Ralf Ptak (2008: 83) unterstreicht die Ausführungen von Altvater und erkennt die Dynamik, welche zu Verbreitung des neoliberalen Denkmodells und den darin enthaltenen Konzeptionen geführt hat:

„Die 1970er-Jahre kennzeichnet insoweit eine tiefe Krise des national-staatlichen keynesianischen Interventionismus. Diese Krise nutzen die Neoliberalen als Anker zur Verbreitung ihres Programms[.] Damit ist der Ausgangspunkt der ‚neoliberalen Konterrevolution‘ (Milton Friedman) markiert.“

Nach diesem kurzen, zeitgeschichtlichen Überblick, möchte ich verdeutlichen, dass ich bei der Verwendung der Begriffe „Liberalismus“ und „Neoliberalismus“ mein Hauptaugenmerk vor allem auf den Einfluss dieser Denkrichtungen auf Politik, Gesellschaft, Demokratieentwicklung und den liberal-demokratisch legitimierten Staat und nicht auf die Weltwirtschaft legen werde.⁴ Im Mittelpunkt steht dabei natürlich der Einfluss auf die Demokratiekonzeption beziehungsweise auf die

⁴ Dies ist notwendig, um mein bereits sehr breit angelegtes Forschungsgebiet einzuengen.

Vorstellungen von Demokratie in Gesellschaft und Wissenschaft. Mehr dazu in den folgenden Kapiteln.

Nun stellt sich die Frage, wie das aktuelle System von Demokratien zu definieren ist:

„Wie lässt sich der neue Demokratietypus, der in den vergangenen zwei Jahrhunderten im Westen etabliert wurde, am besten bezeichnen? Eine Vielzahl von Begriffen wurde verwendet: moderne Demokratie, repräsentative Demokratie, parlamentarische Demokratie, pluralistische Demokratie, konstitutionelle Demokratie, liberale Demokratie.“ (Mouffe 2000: 19)

Somit ist es schwierig, einen Begriff zu definieren, welches System von Demokratie aktuell dominant ist. Es ist unbestritten, dass sich das „westliche Modell der liberalen Demokratien“ durchgesetzt hat (vgl. Vorländer 2010: 6) durchgesetzt hat. Dafür sprechen alleine schon die Zahlen, da Hans Vorländer (2010: 6) – welcher für mich eindeutig eine liberale Demokratiekonzeption reproduziert – in seinem Standardwerk „Demokratie. Geschichte. Formen. Theorien“ die „Zahl der Demokratien am Beginn des 21. Jahrhunderts, auf etwa 120 Länder beziffer[t]“. Im Zusammenhang dazu geht Chantal Mouffe (2008: 20) davon aus, dass moderne Demokratien durch die Artikulation zweier unterschiedlicher Traditionen bestimmt werden:

„Auf der einen Seite haben wir die liberale Tradition, die von Rechtsstaatlichkeit, der Verteidigung der Menschenrechte und dem Respekt vor individueller Freiheit gekennzeichnet ist, auf der anderen die demokratische Tradition, deren Hauptideen jene der Gleichheit, der Identität zwischen Regierenden und Regierten und der Volkssouveränität sind.“

Daher würden viele Autoren die Bezeichnung „liberale Demokratien“ bevorzugen, während ich hingegen denke, dass auf Grund aktueller Entwicklungen⁵, der Begriff „neoliberale Demokratien“ am besten geeignet ist, um das momentan dominante System von Demokratie zu beschreiben.

Da ich in der Arbeit noch viele verschiedene Beispiele für Konzeptionen von Demokratie, wie zum Beispiel die radikal-demokratische, die liberale, die neoliberale,

⁵ Diese Entwicklungen werde ich in Kapitel 2.5 „Begrenzung der Demokratie im Neoliberalismus“ erklären.

die des antiken Athens oder meine eigene radikale Vorstellung einer derartigen Konzeption beschreiben werde, will und kann ich in diesen einleitenden Worten eine enge Begriffsdefinition von „Demokratie“ nicht anstellen. Allein die Anzahl der verschiedenen Konzeptionen von Demokratie zeigt, dass es in Wirklichkeit nicht möglich ist, dem Begriff eine starre Definition mit absolutem Wahrheitsanspruch aufzudrängen (vgl. Friessner 2006: 232-233). Somit ist es wichtig klarzustellen, dass sich der Begriff Demokratie „nie vollständig bestimmen und begriffliche konzeptualisieren“ (Heil/Hetzel 2006b: 11) lässt.

Dennoch ist sowohl „Neoliberalismus“ als auch „Demokratie“ ein sogenannter „politischer Kampfbegriff“ (vgl. Vorländer 2010: 9) in all seiner Vielfalt. Dirk Jörke (2006: 254) erkennt dies und meint, „dass die Verwendungsweisen von Demokratie selbst für Experten kaum noch zu überblicken sind“, und dass „[j]eder Versuch, einen bestimmten Bedeutungsgehalt festzuschreiben, somit ohne Aussicht auf Erfolg zu sein [scheint]“. Dennoch bin ich der Meinung, dass in den verschiedenen Epochen die Ideen und Grundgedanken, die eine bestimmte Konzeption von Demokratie ausmachen, im Diskurs Dominanz erreichen können, und diese Konzeption folglich das System von Demokratie direkt beeinflusst. In diesem Fall hat sich die Idee der neoliberalen Demokratieform durchgesetzt. Bettina Lösch (2008: 222-223) bestätigt meine Hypothese und umschreibt die Thematik mit anderen Worten:

„Um in demokratisch verfassten Ländern hegemonial zu werden, müssen die Vertreter des Neoliberalismus jedoch die Allgemeinheit für ihre Grundannahmen gewinnen und die Basis für einen breiten gesellschaftlichen Konsens schaffen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist der Kampf um die Deutungshoheit über Begriffe.“

Ich möchte nicht nur die dominante, neoliberale Konzeption von Demokratie analysieren, sondern eben an diesem Kampf, um die diskursive Dominanz dieses Begriffes, teilnehmen und meine eigene Idee von einer radikalen Demokratie aufwerfen. Meine Motivation für einen eigenen Entwurf einer Demokratiekonzeption sind die vielfältigen Kritikpunkte an der momentanen, neoliberal geprägten, dominanten Demokratiekonzeption, welche in dieser Arbeit ebenfalls aufgezählt werden. Im Zusammenhang damit steht auch die Forderung, die neoliberale Demokratiekonzeption nicht weiter zu reproduzieren, sondern neue Konzeptionen zu entwickeln beziehungsweise revolutionäre Alternativen aufzuzeigen.

2.1 Begrenzung der Demokratie im Liberalismus

In diesem Kapitel will ich nun versuchen, den Einfluss des Liberalismus auf die Konzeption des Demokratiebegriffes zu durchleuchten, um in Folge die konkrete Bedeutung des Liberalismus für das ab Ende des zwanzigsten Jahrhunderts dominante Demokratiemodell festzustellen. Dabei werde ich mich mit diesen zwei Fragestellungen kritisch auseinander setzen: „Ist Demokratie unauflöslich mit dem Liberalismus verbunden oder handelt es sich hierbei lediglich um einen historischen Zufall?“ und „Was sind die Haupteigenschaften einer liberalen Demokratiekonzeption?“.

Wie sich noch später zeigen wird, spielt die liberale Demokratiekonzeption eine wichtige Rolle für die neoliberale Konzeption. Deswegen ist dieses Kapitel als Einleitung in die gesamte Thematik von großer Bedeutung für meinen Forschungsgegenstand.

Wie viele liberale TheoretikerInnen schreibt Wolf in der Maur (1990: 14) in seinem Buch „Liberalismus“, dass die Wurzeln des Liberalismus „im Zeitalter der Aufklärung, in der Entwicklung der liberalen Ideen in England und schließlich in besonderer Weise in jenem Geiste, der zur Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika und zur Französischen Revolution führte“, liegen. Zusätzlich schreibt er (1990: 11):

„Man kann [die Wurzeln] schon im klassischen Altertum, im antiken Griechenland aufspüren: In der Idee der Demokratie, mit welcher der Gedanke des Liberalismus unauflöslich verbunden ist.“

Ich will nicht bestreiten, dass der Einfluss des Liberalismus, dessen Zusammenhang mit den Entwicklungen in England und Frankreich und der Emanzipation des Bürgertums dazu beigetragen hat, im siebzehnten bis neunzehnten Jahrhundert Feudalismus und Absolutismus in Europa zeitweise zu überwinden und somit die Entstehung von grundlegend als positiv anzusehenden Faktoren, wie Menschen- und Bürgerrechte, Pressefreiheit, Verfassungs- und Rechtsstaat ermöglicht haben. Dennoch werde ich mich in den folgenden Absätzen mit den konkreten Bedingungen der Entstehung, Entwicklung und Ausformung von Demokratien im Liberalismus

beschäftigen und zeigen, wieso ich nicht glaube, dass die These einer unauflöslchen Verbindung zwischen der Theorie des Liberalismus und der Idee der Demokratie⁶, die oft von liberalen TheoretikerInnen oder AkteurInnen des Kapitals propagiert wird, haltbar ist, und aufzeigen, dass liberaler und später auch neoliberaler Einfluss⁷ auf die Politik, die Herausbildung einer radikalen Demokratie, so wie sie grundsätzlich und ursprünglich gedacht wurde, verhindert und weiters zu einer neuen Form von Feudalismus im Neoliberalismus beigetragen hat und beiträgt. Somit sollen die undemokratischen Aspekte der liberalen Demokratiekonzeption offen gelegt werden.

Nach diesen einführenden Worten, möchte ich nun die Bedingungen erläutern, unter denen unterschiedliche Arten von Demokratien im zwanzigsten Jahrhundert und unter Einfluss des Liberalismus entstanden sind. Um diesen Diskurs kurz anzustreifen, werde ich mich exemplarisch mit den Beiträgen „The Rise of Illiberal Democracy“ von Fareed Zakaria (1997) und „Liberalism und Democracy. Can't Have One Without the Others“ von Marc F. Plattner (1998), die sich teils gegenseitig bestätigen und teilweise auch widersprechen, beschäftigen und daraufhin meine eigene Position zu dieser Thematik darstellen.

Fareed Zakaria (1997) behauptet in seinem Beitrag, dass es gefährlich sei, in Ländern, die nicht in der Tradition des „constitutional liberalism“ stehen, eine Demokratie einzuführen, da dies zu der Entwicklung von „illiberal democracies“ führt, in welchen es zum Bruch von Menschenrechten, ethnischen Konflikten, Nationalismus und auch Krieg kommen kann und erläutert dies an Hand mehrerer als logisch erscheinender Beispiele. Konkret schreibt Zakaria (1997: 22-23):

„It has been difficult to recognize this problem because for almost a century in the West, democracy has meant liberal democracy - a political system marked not only by free and fair election, but also by the rule of law a separation of powers, and the protection of basic liberties of speech, assembly, religion, and property. In fact, this latter bundle of freedoms – what might be termed constitutional liberalism – is theoretically different and historically distinct from democracy. As the political scientist Philippe Schmitter has pointed out, ‚Liberalism, either as conception of political liberty or as a doctrine about economic policy may have coincided with the rise of democracy. But it has never been immutably or unambiguously linked to its practice.‘“

⁶ Am Ende dieser Arbeit wird sich vor allem zeigen, dass die Verbindung zwischen dem Liberalismus und der Demokratie in der Antike mehr als unglaubwürdig erscheint.

⁷ Der neoliberale Einfluss wird hier nur kurz erwähnt aber erst im Kapitel 2.3 „Neoliberale Logiken“ und Kapitel 2.5 „Begrenzung der Demokratie im Neoliberalismus“ genauer analysiert.

An einer späteren Stelle in diesem Beitrag behauptet Zakaria (1997: 28) sogar: „Constitutional liberalism has led to democracy, but democracy does not seem to bring constitutional liberalism.“

Marc F. Plattner (1998: 171) erkennt in seinem Beitrag, dass viele der neuen demokratischen Regime „electoral democracies“ aber nicht „liberal democracies“ sind, und schreibt (1998: 172) zusätzlich: „The fact that democracy and liberalism are not inseparably linked is proven by the historical existence both of nonliberal democracies and of liberal nondemocracies.“

Einerseits bestätigt Plattner wie auch Zakaria den Zusammenhang zwischen „constitutional liberalism“ und Demokratie in ihrer Entstehungsgeschichte in westlichen Ländern, andererseits ist Plattner (1998: 173) der Meinung, dass auch allein eine Erfahrung mit demokratischen Elementen für Ländern, die nicht in der Tradition des „constitutional liberalism“ stehen, als positiv zu bewerten ist und schreibt:

„Although ‘unpacking’ the component elements of modern liberal democracy is a crucial first step towards comprehending its character, overstating the disjunction between liberalism and democracy can easily lead to new misunderstandings. While many new electoral democracies fall short of liberalism, on the whole countries that hold free elections are overwhelmingly more liberal than those that do not, and countries that protect civil liberties are overwhelmingly more likely to hold free elections and those that do not. This is not simply an accident. It is the result of powerful intrinsic links between electoral democracy and a liberal order.“

Einerseits bin ich wie Plattner und Zakaria der Meinung, dass es eine Verbindung zwischen Liberalismus und modernen Demokratien in ihren historischen Entstehungsgeschichten gibt. Auch die Thesen von Zakaria (1997), dass Demokratien nur in Ländern, die in der Tradition des „constitutional liberalism“ stehen, wünschenswert sind, und von Plattner (1998), dass demokratische Erfahrung auch in Ländern, die nicht in der Tradition des „constitutional liberalism“ stehen, den Weg zur Demokratie erleichtern, sind auf Grund der historischen Beispiele in beiden Beiträgen logisch und nachvollziehbar. Jedoch darf nicht vergessen werden, dass beide Autoren hierbei an einen rein liberalen Demokratiebegriff denken, diesen reproduzieren und somit keinen Platz für

radikale Demokratievorstellungen lassen. Während beide Autoren noch feststellen, dass es keinen unauflöslichen Zusammenhang zwischen der Theorie der Demokratie und des Liberalismus gibt und es sich hierbei um einen historischen Zufall in der Entwicklungsgeschichte beider Theorien handelt, ist auch zu erkennen, dass die Ansichten beider über Demokratie sich an der Vorstellung der Bedeutung von freien Wahlen orientieren und dadurch eine rein liberale Demokratiekonzeption unkritisch reproduziert wird⁸.

Welche weiteren Punkte eine liberale Demokratiekonzeption ausmachen und warum diese undemokratische Elemente enthält, werde ich in diesem Kapitel noch erörtern und somit zeigen, wieso es nicht einem radikalen Demokratieanspruch genügt, liberale Demokratiemodelle weiterhin zu fördern und die Entstehung von liberalen Demokratien in weiteren Länder, sei es aus inneren Entwicklungen in einem Staat heraus oder durch äußere Einwirkung, wie zum Beispiel der imperialistischen Politik der USA.

Bevor ich die konkreten antidemokratischen Eigenschaften einer liberalen Demokratie beschreiben möchte, werde ich in diesem Absatz mit Hilfe einiger Zitate zeigen, wie sich Demokratie im Liberalismus herausgebildet hat.

Nach Meinung von Macpherson (1983: 13) liegt der „Ursprung [der liberal-demokratischen Theorie] sehr wahrscheinlich in der politischen Theorie und Praxis im England des siebzehnten Jahrhunderts“ und er betont auch, dass „die Prinzipien, die für die liberale Demokratien so wichtig werden sollten, [die sich], wenn auch nicht mit realen Erfolg, während eines sich hinziehenden Kampfes im Parlament, eines Bürgerkrieges, einer Anzahl republikanischer Experimente, einer Restauration der Monarchie und einer abschließenden konstitutionellen Revolution [, entwickelten]“.

Wie bereits in diesem Kapitel erwähnt, spielte das Bürgertum vor allem vom siebzehnten bis zum neunzehnten Jahrhundert im Zuge des Liberalismus, bei der Zerschlagung des Absolutismus und Feudalismus eine große Rolle. Hier wären als historische Beispiele die Revolutionen in Frankreich und Amerika zu nennen. In Folge haben sich in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die ersten Formen von liberalen Demokratien entwickelt.

Dennoch verdeutlicht Joachim Becker (1998: 11) die Grenzen des Zusammenhanges von Liberalismus und Demokratie und fasst zusammen:

⁸ So wie es bei vielen SozialwissenschaftlerInnen der Fall ist.

„Vielfach werden Liberalismus und Demokratie als zwei Seiten ein und derselben Medaille gesehen. Doch gingen Liberalismus, und zwar ein sozialdemokratischer eingeschränkter, und Demokratisierung nur kurze Zeit – in den Jahrzehnten nach dem Zweitem Weltkrieg – eine Ehe ein. Für manche war diese Ehe Anlaß zu einem Traum immerwährender Demokratie. Doch der Traum könnte, selbst bezogen auf Westeuropa, von kurzer Dauer sein. Denn die historischen Grundbedingungen eines Zusammengehens von Liberalismus und Demokratie – scharfe Systemkonkurrenz, starke reformistische Arbeiterbewegung, eine weitgehende Übereinstimmung von wirtschaftlichem Raum und politischen Territorium sind nicht mehr gegeben. Die gegenwärtigen Akkumulationsstrategien erfordern einen anderen Staat. Und zwar offensichtlich einen weniger demokratischen Staat.“

Hierbei ist gemeint, dass im Neoliberalismus – welcher in der Tradition des Liberalismus steht – eine Transformation des liberal-demokratisch legitimierten Staates gefordert wird. Auf diese Transformation werde ich im nachfolgenden Kapitel 2.5 „Begrenzung der Demokratie im Neoliberalismus“ noch genauer eingehen. Dennoch lässt sich allein durch diese Erkenntnis schon ein Beweis dafür finden, dass eine unauflösliche Verbindung zwischen Liberalismus und Demokratie – auf Grund der Entwicklung im Nachfolgekonzepkt Neoliberalismus – und Demokratie unglaublich erscheint.

Nun werde ich mit Hilfe von Zitaten von Helmut Friessner (2006: 227-228) aus seinem Buch „Demokratie im Fadenkreuz“ zeigen, warum liberaler Einfluss nur zeitweise eine Überwindung des Feudalismus ermöglicht hat und somit den Zusammenhang von (neo-)liberalen Demokratien und Refeudalisierung verdeutlichen.

„Während der ‚alte‘ Feudalismus im aristokratischen-monarchischen Kleid durch (überwiegend) bürgerliche Revolution sowie durch die Einsetzung republikanischer und zunehmend demokratischer Verfassungen als historisch überwunden gilt, tritt ein neues Phänomen auf den Plan. Nennen wir es – im Jargon bleibend – ‚Refeudalisierung per kapitalistischer Herrschaftslogik‘. Der Kapitalismus als liberaler Wohlstandsbeschaffer löst sich aus der politisch gestalteten Gemeinschaft zunehmen heraus (Stichwort: ‚disembedding‘) und höhlt insbesondere im fortgeschrittenen Stadium (der neoliberalen Globalisierung) zumeist im nationalstaatlichen Rahmen etablierte demokratische Strukturen aus beziehungsweise vernichtet ihre Substanz. Der Zangengriff auf bürgerlich-liberale Demokratien erfolgt sowohl von außen (Stichwort: TNU, WTO, GATS, EU u.a.) als auch von

innen (Stichworte: Privatisierung, Geldcodierung, Konsumkultur u.a.). Eine qualitative ansprechende und auch lebenswerte Symbiose zwischen Kapitalismus und anspruchsvoller demokratischer Ordnung in entwickelter Form im politischen Westen könnte sich, so gesehen, tatsächlich auf ein historisches Intermezzo in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts reduziert haben.“

Hierbei zeigt sich, wie in diesem Kapitel schon öfter erwähnt, dass es zum Großteil dem liberalen Bürgertum im neunzehnten Jahrhundert zu verdanken ist, dass der Feudalismus zeitweise verbannt wurde, was in der Folge die Herausbildung einer bestimmten Demokratieform – nämlich der liberalen Demokratie⁹ – ermöglichte. Dadurch wird liberale Demokratie immer wieder von der Allgemeinheit mit diesem als positiv zu bewertenden historischen Ereignis in Verbindung gebracht. Somit wird es sowohl liberalen als auch neoliberalen AkteurInnen erleichtert das Selbstverständnis einer liberalen – und in Folge auch neoliberalen - Demokratie zu reproduzieren und das politische System in einer gewissen Starre verharren zu lassen.

Somit erscheint das Postulat einer unauflöslichen Verbindung zwischen Liberalismus und Demokratie entkräftigt. Warum die, von Wolf in der Maur (1990: 11) getätigte, Aussage, dass die ursprüngliche Idee der Demokratie aus dem antiken Griechenland bereits mit dem Gedanken des Liberalismus verbunden ist, noch abstruser erscheint, werde ich in einem anderen Kapitel darstellen¹⁰. Im Gegenteil, sollte man sich bewusst werden, „dass die Einheit zwischen Demokratie und Liberalismus, die wir heute als selbstverständlich annehmen, das Resultat bitterer Kämpfe und nicht etwa eines glatt ablaufenden Prozesses war“, und dass es zwischen den Traditionen des Liberalismus und der Demokratie „kein notwendiges Verhältnis, sondern nur eine kontingente historische Artikulation [gibt]“ (Mouffe 2000: 20).

Nun will ich mich mit der zweiten Fragestellung dieses Kapitels beschäftigen, nämlich „Was sind die Haupteigenschaften einer liberalen Demokratiekonzeption?“. Dazu möchte ich eingangs ein Zitat von Bettina Lösch (2008: 247) bringen, in welchem die Konzeption des Begriffs „liberale Demokratie“ aufgezeigt wird:

⁹ In Folge wird sich noch zeigen, dass die liberale Demokratie einem radikalen Demokratieanspruch nur äußerst unzureichend genügt.

¹⁰ Beschreibung der ursprünglichen Idee von Demokratie zu finden in Kapitel 3.4 „Athenische Demokratie“.

„Wenn gegenwärtig von ‚liberaler Demokratie‘ die Rede ist, herrscht in der Regel ein eher begrenztes, auf das formale Prozedere zugeschnittenes Demokratieverständnis vor. Eine Gesellschaft gilt bereits dann als demokratisch verfasst, wenn sie ein Minimum an demokratischen Strukturen aufweist: etwa allgemeine und freie Wahlen, bestimmte demokratische Institutionen und eine gewisse Form der Gewaltenteilung.“

Bereits hier offenbart sich, dass Demokratie in ihrer liberalen Systemform nur mehr zu einem schwindend geringen Anteil einem hohen demokratischen Anspruch genügt. Vor allem wenn von einer radikalen und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption ausgegangen wird¹¹.

In Folge will ich nun die entdemokratisierende Wirkung des liberalen Einflusses auf Konzeption und System von Demokratie herausarbeiten. Nach Becker (1998: 11) gibt es zwei große Felder, über die Liberalismus aktiv entdemokratisiert:

„Beschränken woll(t)en liberale Theoretiker die Demokratie in ihren beiden zentralen Dimensionen: Wer entscheidet mit? Wie weit reichen demokratische Entscheidungen? Bei der ersten Dimension ist die Frage des Wahlrechtes angesprochen. Sie ist jedoch nicht darauf zu reduzieren. Es gibt auch anderen Formen der Entscheidungsbeteiligung. Die zweite Dimension betrifft die Felder demokratischer Entscheidungen.“

Zwar wurde dem Volk eines jeweiligen Staates durch die Einführung liberaler Demokratien erstmals eine konkret institutionalisierte Form von politischer Partizipation ermöglicht, nämlich das Recht RepräsentantInnen zu wählen. Es ist jedoch eindeutig, dass diese Art von politischer Partizipation dem ursprünglichen Anspruch einer radikalen Demokratie, welcher in der Gewährleistung der Volkssouveränität liegt, nicht genügt, da „die Repräsentation für die Demokratie ein fremdes Prinzip darstellt“ (Lefort 1990: 308). Dies zeigt, dass „[in] einer liberalen Demokratie der Ausübung der Volkssouveränität immer Grenzen gesetzt [werden]“ (Mouffe 2000: 22). Durch diese Dynamik wird die Gefahr einer Fortführung der Elitenherrschaft erhöht. Somit spielt neben diesen beiden großen Bereichen liberalerer Entdemokratisierung zusätzlich die hingenommene Selbstverständlichkeit des Repräsentantismus in liberalen Demokratiekonzeptionen, sprich die

¹¹ Ich will an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass diese radikale und ursprünglich gedachte Demokratiekonzeption sich erst im Laufe dieser Arbeit entwickelt hat und in späteren Kapiteln konkret ausformuliert wird.

Konzentration auf den Akt des Wählens von unabhängigen RepräsentantInnen in Demokratien des Liberalismus, eine große Rolle.

Deshalb werde ich zuerst mit Hilfe einiger Zitate das Wahlrecht und dessen Folgen und Bedingungen im Zusammenhang mit Repräsentantismus und Elitenherrschaft analysieren:

„Vom Standpunkt eines materiellen, auf Jean Jacques Rousseau (1712-1778) fußenden Demokratiebegriffs aus ist der Demokratiebegriff des Liberalismus ein formaler, und zwar ausschließlich konstituiert durch die Verfahren der politischen Willensbildung, wobei außer dem gleichen Wahlrecht die Verfahren und Institutionen die gleichen sind wie im vordemokratischen Liberalismus. In der Entwicklung des Liberalismus zur liberalen Demokratie hat die Diskussion über das Wahlrecht immer eine zentrale Rolle gespielt.“ (Neumann 1998: 208)

Weil in modernen liberalen Demokratien neben der Begrenzung von demokratischen Entscheidungsfeldern und politischen Räumen, auf die Begrenzung politischer Willensbildung auf den Akt der Wahl von RepräsentantInnen das Hauptaugenmerk gelegt wird, verliert Demokratie, in ihrer radikalen Grundform gedacht, den Anspruch, die egalitäre Partizipation möglichst vieler Menschen an demokratischen Entscheidungsprozessen zu gewährleisten¹². Claude Lefort (1990: 295) kritisiert das allgemeine Wahlrecht am präzisesten:

„[G]enau in dem Moment, wo die Souveränität des Volkes sich manifestieren und das Volk seinen Willen zum Ausdruck bringen soll, werden die gesellschaftlichen Solidaritätsbeziehungen aufgelöst, der politisch aktive Bürger aus allen Handlungszusammenhängen freigesetzt, in denen sich das gesellschaftliche Leben entfaltet, um gewissermaßen in eine ‚Recheneinheit‘ verwandelt zu werden.“

Zusätzlich kommt, wie bereits erwähnt, bei einem derartig begrenzten Demokratiemodell die Gefahr der Elitenherrschaft hinzu, die der liberale Theoretiker Alois Schumpeter (1980: 462) versucht zu legitimieren:

¹² Warum dies ein grundlegender demokratischer Anspruch ist wird in Kapitel 3.4 „Athenische Demokratie“ erklärt werden.

„Es dürfte viele Wege geben, auf denen Politiker von hinreichend hoher Qualität gewonnen werden können. Bis jetzt scheint immerhin die Erfahrung zu lehren, daß die einzig wirksame Gewähr in der Existenz einer sozialen Schicht liegt, die – selbst das Produkt eines strengen Auswahlprozesses – sich der Politik als einer Selbstverständlichkeit zuwendet“.

Hier wird einerseits der Auswahlprozess hervorgehoben, der lediglich in liberalen Theorien als zentraler Aspekt der Demokratie gesehen wird und andererseits nicht ausreichend begründet, warum Eliten in politischen Positionen nur auf Grund ihrer sozialen Stellung besser für das Gemeinwohl sorgen als Andere, beziehungsweise besteht die Gefahr, dass Eliten sogar gegenteilig das Hauptinteresse haben können, die Erhaltung einer obersten sozialen Schicht als wichtigstes Ziel in der Politik anzustreben und größtenteils die Interessen der sozialen Schicht oder Interessensgruppe, aus der sie kommen, zu vertreten, worin sich zeigt, dass die Maxime des Bürgertums, dass, was für sie gut ist, für alle gut sein muss, nicht zutrifft.

Der Großteil liberaler TheoretikerInnen setzt sich für den Erhalt einer derartigen Elitenherrschaft und für die Begrenzung der Volkssouveränität ein, weil sie meinen, dass sich die meisten Bürger nicht für politische Auseinandersetzungen interessieren und ihnen der Intellekt dafür fehlt (vgl. Lösch 2008: 225). Dieses Vorurteil ist paradox, da ich denke, dass gerade wegen der Begrenzung von Volkssouveränität und politischer Partizipation eine gewisse Politikverdrossenheit und Resignation unter den BürgerInnen, die sich nicht in elitären Kreisen bewegen, zustande gekommen ist.

Hinzu kommt, die „typisch liberale Perspektive, die Demokratie als Wettbewerb zwischen Eliten vorstellt, gegnerische Kräfte unsichtbar macht und Politik auf einen Austausch von Argumenten und die Ausverhandlung von Kompromissen reduziert“ (Mouffe 2000: 109). Die Gewährleistung der Volkssouveränität über weitreichende politische und demokratische Partizipationsmöglichkeiten spielt bei dieser Perspektive wohl keine große Rolle mehr.

Nun werde ich den zweiten großen Bereich der Begrenzung von Demokratie durch den Liberalismus behandeln, nämlich die Begrenzung demokratischer Entscheidungsfelder: Dazu ein Zitat von Joachim Becker (1998: 12), welches die geschichtliche Entwicklung der genannten zwei antidemokratischen Haupteigenschaften einer liberalen Demokratiekonzeption veranschaulicht:

„Nach 1945 hatte sich das diskursive Feld so weit verschoben, daß Liberale - zumindest bezogen auf kapitalistische Industrieländer - kaum mehr offen für ein Mehrklassenwahlrecht oder eine Wahlrechtseinschränkung plädieren konnten. Sie suchten vielmehr den Demokratiebegriff weitgehend auf den Wahlakt zu beschränken und andere Formen der Entscheidungsbeteiligung zu desavouieren. Unverändert aktuell blieb das Plädoyer für eine relativ enge Beschränkung des Feldes demokratischer Entscheidungen.“

Weil in der liberalen Diskussion über Demokratie das Thema des Wählens in der geschichtlichen Entwicklung des liberalen Demokratiemodells dominant war, beschränkt sich die demokratische Partizipation von StaatsbürgerInnen, die nicht Teil der politischen oder wirtschaftlichen Elite sind, auf den Akt des Wählens von RepräsentantInnen. Staatenlose und der Großteil von MigrantInnen haben nicht einmal die Möglichkeit in diesem geringen Maße an der Demokratie zu partizipieren. Dies widerspricht einer radikalen Demokratiekonzeption in ihren Grundgedanken.

Alles in allem lassen sich die Begrenzungen von politischer Partizipation und von politischen Feldern als Grundmerkmale einer liberalen Demokratiekonzeption feststellen. Dies würde ich als Anfang einer Geschichte von Begrenzung der Demokratie bezeichnen. Warum diese Geschichte der Begrenzung, welche im Liberalismus ihren Anfang nahm, im Neoliberalismus fortgesetzt und sogar noch erweitert wird, werde ich im Kapitel 2.5 „Begrenzung der Demokratie im Neoliberalismus“ erläutern.

2.2 Neoliberale AkteurInnen

Da ich in der Arbeit des Öfteren den Begriff „neoliberale AkteurInnen“ verwende, will ich in diesem Kapitel versuchen eine Definition dieses Begriffs – soweit dies möglichst ist – anzustellen.

Als neoliberale AkteurInnen bezeichne ich ProfiteurInnen und TheoretikerInnen der neoliberalen Demokratiekonzeption, wie zum Beispiel ökonomisch-(neo-)liberale und politisch-(neo-)konservative Eliten oder ganz allgemein Kräfte des Kapitals, welche

das Denkkonzept des Neoliberalismus propagieren und das Selbstverständnis einer neoliberalen Demokratiekonzeption reproduzieren, wodurch das politische System in einer gewissen Starre verharren bleibt. Dies widerspricht einer radikalen – in ihrer ursprünglichen Form gedachten – Demokratiekonzeption vollkommen.

Interessant ist ebenso der Ansatz „den Neoliberalismus als eine praktische Ideologie der Akteure des Kapitals zu begreifen“ (Demirovic 2008: 19). Im Allgemeinen können neoliberale AkteurInnen auch als Gruppierungen von in der Gesellschaft lebende Subjekte gesehen werden, die Vorteile aus dem Erhalt einer bestehenden Elitenherrschaft und dem Fortbestehen des Primats des Kapitals – als gesellschaftliches Ordnungsmuster - ziehen. Dennoch will ich betonen, dass ich hier keine konkreten Feindbilder erzeugen oder eine strenge Verallgemeinerung mit absolutem Wahrheitsanspruch vollziehen möchte, da sich solche Unternehmungen meist als gefährliches und schädliches Unterfangen für gesellschaftliche Verhältnisse und zwischenmenschliche Beziehungen erweisen¹³. Es soll hiermit lediglich ungefähr angedeutet werden, welche gesellschaftlichen Gruppen mit dem Begriff „neoliberale AkteurInnen“ gemeint sein könnten.

Es darf ebenso nicht vergessen werden, dass viele linke Politiker und Intellektuelle oder Vertreter der Sozialdemokratie inzwischen den Neoliberalismus akzeptiert haben, in diesen Rahmen agieren und somit ebenso Teil des Reproduktionsprozesses der neoliberalen Demokratiekonzeption sind¹⁴. Dazu Ralf Ptak (2008: 86): „Die Erfahrung lehrt, dass die politischen Träger des neoliberalen Projektes gleichermaßen Neokonservative, Liberale oder ehemalige Sozialdemokraten sein können.“

Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass nicht nur die genannten Interessensgruppen als ReproduzentInnen von neoliberalen Konzeptionen zu betrachten sind, sondern dass wir alle – in Ländern mit einer dominant-westlichen und neoliberal geprägten Kultur – auf Grund unserer Lebensform, Schulbildung

¹³ Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Stigmatisierung einzelner gesellschaftlicher Gruppen zu großem Leid führen kann. Deswegen ist es zum Beispiel kontraproduktiv „die Banker“ oder die „rechten Politiker“ als Hauptverantwortliche für asymmetrische Machtbeziehungen oder gesellschaftliche Missstände, welche durch Entwicklungen im Neoliberalismus zustande gekommen sind, anzuklagen.

¹⁴ Chantal Mouffe (2000: 116) beschreibt diese Problematik genauer: „Die gegenwärtige unangefochtene Hegemonie des neoliberalen Diskurses erklärt, warum die Linke ohne glaubwürdiges Projekt dasteht. Paradoxe Weise ist die Linke, wiewohl politisch zunehmend siegreich – da sie in vielen europäischen Ländern an der Macht ist – immer noch ideologisch gründlich besiegt. [...] Statt eine neue Hegemonie aufzubauen, hat sie angesichts der neoliberalen Hegemonie kapituliert.“

sowie medialem und sozialem Umfeld unausweichlich Teil dieses Reproduktions-Prozesses sind. Bettina Lösch (2008: 266) bestätigt meine Hypothese:

„Obgleich sich wahrscheinlich relativ wenige Menschen eindeutig als Anhänger/innen der neoliberalen Ideologie verstehen, sind deren Grundannahmen – ob bewusst oder unbewusst – bereits fest im Denken vieler Menschen verankert.“

2.3 Neoliberale Logiken bei Michel Foucault

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, war der gedankliche Anstoßpunkt für meine sozialwissenschaftliche Forschung über das Thema der neoliberalen Demokratiekonzeption die Lektüre der als Buch herausgegebenen Vorlesungsreihe „Die Geburt der Biopolitik – Geschichte der Gouvernementalität II“ von Michel Foucault (2006)¹⁵. Dabei hat mich vor allem der Teil, in dem Foucault (2006) den zeitgenössischen Neoliberalismus charakterisiert, interessiert. Auf diese Passage – vor allem die fünfte und sechste Vorlesung – werde ich unter anderem in diesem Kapitel eingehen, um in Folge antidemokratische Aspekte der sogenannten neoliberalen Logiken festzustellen.

Der Startpunkt und die Grundlage für das Thema, welches ich in diesem Kapitel behandle, stellt folgendes Zitat von Michel Foucault (2006: 208), in dem er den Neoliberalismus gegensätzlich zu dem Liberalismus – in Bezug auf die Regierungskunst – charakterisiert, dar:

„Es geht bei dieser neuen Regierungskunst nicht um die Handelsgesellschaft. Nicht sie soll wiederhergestellt werden. Die Gesellschaft, die dem Markt entsprechend geregelt werden soll und die die Neoliberalen vor Augen haben, ist eine Gesellschaft, in der das regulative Prinzip nicht so sehr im Austausch von Waren bestehen soll, sondern in Mechanismen des Wettbewerbs. Diese Mechanismen sollen eine größtmögliche Oberfläche und Dichte haben und außerdem den größtmöglichen Raum in der Gesellschaft einnehmen. Was man also zu

¹⁵ Diese Vorlesung wurde in den Jahren 1978 bis 1979 abgehalten.

erreichen sucht, ist nicht eine Gesellschaft, die dem Wareneffekt unterliegt, sondern eine Gesellschaft, die der Dynamik des Wettbewerbs untersteht. Keine Gesellschaft von Supermärkten, sondern eine Unternehmensgesellschaft. Der homo oeconomicus, den man wiederherstellen will, ist nicht der Mensch des Tauschs, nicht der Mensch des Konsums, sondern der Mensch des Unternehmens und der Produktion.“

Hierbei werden zwei zentrale Logiken, die dem neoliberalen Paradigma des Marktes zugrunde liegen, verdeutlicht. Nämlich die Wettbewerbs- und Unternehmenslogik. Im Neoliberalismus soll der Markt mit seinem Wettbewerbsmechanismus die Gesellschaft regeln und auf die einzelnen Mitglieder dieser Gesellschaft einwirken (vgl. Demirović 2008: 17), wodurch eine soziale Regulation durch eine neoliberale Logik stattfindet (vgl. Foucault 2006: 207). Somit ist Konkurrenzdenken in der Beziehung zwischen Menschen innerhalb von Gesellschaften und ebenfalls Konkurrenzdenken zwischen unterschiedlichen Staaten Teil des neoliberalen Paradigmas. In diesem Rahmen transformiert sich die Bedeutung der liberal-demokratisch legitimierten Regierungen:

„Sie [die Regierung] soll gewissermaßen keinen Kontrapunkt oder eine Trennwand zwischen der Gesellschaft und den Wirtschaftsprozessen darstellen. Sie soll auf die Gesellschaft selbst einwirken, auf ihre Struktur und Zusammensetzung. Im Grunde soll sie – und hierdurch soll ihr Eingreifen ihrem Ziel näher kommen, d.h. der Einrichtung eines Marktes, der allgemein die Gesellschaft regelt – diese Gesellschaft beeinflussen, damit die Wettbewerbsmechanismen in jedem Augenblick und an jedem Punkt des sozialen Dickichts die Rolle eines regulierenden Faktors spielen können.“ (Foucault 2006: 206-207)

Hierbei wird wiederum die Wirkung des Marktes und seiner Logiken auf die Gesellschaft veranschaulicht (vgl. Candeias 2008: 302). Die Einflussnahme darf, nach den Vorstellungen neoliberaler AkteureInnen nicht durch den Staat gebremst oder eingeschränkt werden.

In Folge wird Foucault (2006: 210-211) präziser in seiner Beschreibung der neoliberalen Unternehmenslogik:

„[E]s geht darum, die Unternehmensformen, die gerade nicht in Form entweder von Großunternehmen im nationalen oder internationalen Maßstab oder von Großunternehmen

vom Typ des Staats konzentriert sein sollen, zu verallgemeinern, indem man sie soweit wie möglich verbreitet und vervielfacht. Es ist diese Vervielfachung der Unternehmensform innerhalb des Gesellschaftskörpers, die, glaube ich, den Einsatz der neoliberalen Politik darstellt. Es geht darum, aus dem Markt, dem Wettbewerb und folglich dem Unternehmen etwas zu machen, das man die informierende Kraft der Gesellschaft nennen könnte.“

Bei diesem Zitat wird unter anderem vorausgesetzt, dass neben der Gesellschaft ebenso liberal-demokratisch legitimierte Staaten selbst Unternehmens- und Wettbewerbslogik verinnerlichen. Somit wird der Staat im Neoliberalismus als Unternehmen konstruiert, dass sich mit anderen Unternehmen beziehungsweise in diesem Fall anderen Staaten in einem permanenten Konkurrenzkampf befindet. Die Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung eines Staates (vgl. Heil/Hetzel 2006b: 7) wird zum zentralen politischen Interessen, was zeigt, dass auch der liberal-demokratisch legitimierte Staat selbst nach dem Vorbild eines Großunternehmens organisiert werden sollen. Er soll höchstens den Schutz des Eigentums garantieren und für „Recht und Ordnung“ sorgen (vgl. Laclau/Mouffe 2006: 215). Außerdem darf er nicht die Freiheit des Marktes gefährden. Noch stärker als im Liberalismus, wird im modernen Neoliberalismus die totale Entgrenzung des Marktes von liberal-demokratischer Entscheidungsfindung gefordert und das Ende des Wohlfahrtsstaates als wettbewerbsbehindernde Einrichtung propagiert.

All dies führt nach Foucault (2006: 168) zu einem „Staat unter der Aufsicht des Marktes“ statt zu einem „Markt unter der Aufsicht des Staats“. Zusätzlich ist es wichtig zu bedenken, wie die hier beschriebene Ausweitung der Unternehmenslogik auf die vorherrschende liberale Demokratieform von Gesellschaften einwirkt.

Ich denke, dass die „Vervielfachung der Unternehmensform“ (Foucault 2006: 210) innerhalb von liberal-demokratischen Staaten und Gesellschaften – im Rahmen des Neoliberalismus – eine Entdemokratisierung bedeutet¹⁶, da Unternehmen in der Regel vordergründig an Leistung, Gewinn und Effizienz und nicht an Prinzipien und Entscheidungsformen verschiedenster Demokratiekonzeptionen interessiert sind¹⁷. Eine derartige Vervielfachung stellt somit sowohl für eine radikal gedachte als auch für eine liberale Demokratie eine große Gefahr dar.

¹⁶ Aber im strengen Sinn nur wenn von einem liberalen Demokratiebegriff ausgegangen wird.

¹⁷ Sowohl an der liberalen Demokratiekonzeption als auch an der radikalen und ursprünglich gedachten, welche ich erst in Kapitel 3.5 „Radikal und ursprünglich gedachte Demokratie und die Forderung nach Revolution“ genauer beschreiben werde.

2.4 Freiheitsbegriff

Für meinen gesamten Forschungsansatz spielt es eine große Rolle zu erkennen, dass sich der neoliberale Freiheitsbegriff stark von dem Freiheitsbegriff unterscheidet, der in einem radikalen – und am Ursprung der demokratischen Idee ansetzenden – Demokratiemodell Anwendung finden müsste.

Sowohl der Freiheitsbegriff im Liberalismus als auch der im Neoliberalismus kann als rein negativ definierter Begriff betrachtet werden¹⁸. In diesem Fall bedeutet Freiheit lediglich den Schutz vor nicht gewollten Gewaltanwendungen oder Zwängen (vgl. Hayek 1991: 161), wie zum Beispiel Steuerbelastung durch einen liberal-demokratisch legitimierten Staat. Dieser negative Freiheitsbegriff könnte in diesem Zusammenhang auch meinen, dass BürgerInnen eines Staates frei von Pflichten sind, beziehungsweise es nur die Pflicht gibt nicht in das Recht von anderen einzugreifen und nur das Recht frei von Pflichten und Zwängen zu sein (vgl. Thielemann 2010: 119). Unter anderem sind hierbei auch die Freiheit des Marktes und der Schutz vor staatlichen Eingriffen von zentraler Bedeutung. Somit offenbart sich eine sehr einfache Definition des Freiheitsbegriffes (vgl. Thielemann 2010: 117).

Bei einem positiven Freiheitsbegriff, den ich mir für ein radikales Demokratiemodell vorstellen könnte, würde der Faktor soziale Gerechtigkeit von höchster Bedeutung sein. Das würde zum Beispiel beinhalten, dass Subjekte in einer Gesellschaft elementare Grundlagen erhalten würden, die sie benötigen, um frei leben zu können (vgl. Friessner 2006: 246-247)¹⁹. Verpflichtungen oder auch Zwänge können hierbei zur Freiheit führen beziehungsweise als Recht gesehen werden und müssen nicht automatisch eine Gefahr darstellen. Hierbei lässt sich ein Bedeutungszusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit beobachten, da bei dem positiven Freiheitsbegriff Rechte und Pflichten zu mehr Gerechtigkeit führen können (vgl. Thielemann 2010: 114).

¹⁸ Dies erschließt sich einem bei der Lektüre verschiedenster liberaler und neoliberaler Standardwerke.

¹⁹ Als Beispiel: BürgerInnen eines Staates erhalten Zuwendungen aus Steuermitteln im Rahmen des Wohlfahrtsstaates, wie Arbeitslosenhilfe oder Grundsicherung. Dadurch wird ihnen überhaupt erst ermöglicht in Freiheit am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Im neoliberalen Verständnis wird diese Dynamik paradoxerweise als Gefahr für die individuelle Freiheit gesehen.

2.5 Begrenzung der Demokratie im Neoliberalismus

Wie schon im Liberalismus wird im modernen Neoliberalismus die Begrenzung von demokratischen Feldern und politischer Partizipation im Rahmen einer Volkssouveränität propagiert und als notwendig gesehen. In Folge wird der politische Raum, wo eigentlich die demokratische Partizipation möglichst vieler Menschen stattfinden sollte, auf ein Minimum beschränkt, da sich neoliberale AkteurInnen und Kräfte des Kapitals vor der Herrschaft der Massen fürchten und eine zu weite Ausdehnung von demokratischen Entscheidungsfeldern als freiheitsbedrohend ansehen. In dieser Hinsicht steht der Neoliberalismus in der Tradition der liberalen Demokratiekonzeption. Daher will ich an dieser Stelle zum besseren Verständnis betonen, dass ich bei der Verwendung des Begriffs „neoliberale Demokratiekonzeption“ diese entdemokratisierenden Aspekte der liberalen Demokratiekonzeption immer mit einbeziehen werde.

Ein wichtiger Aspekt bei der Analyse des Neoliberalismus ist die Forderung nach der Transformation des liberal-demokratischen Staates. Er soll höchstens den Schutz des Eigentums garantieren und für „Recht und Ordnung“ sorgen (vgl. Laclau/Mouffe 2006: 215). Außerdem darf er nicht die Freiheit des Marktes gefährden. Noch stärker als im Liberalismus wird im modernen Neoliberalismus die totale Entgrenzung des Marktes von liberal-demokratischer Entscheidungsfindung gefordert und das Ende des Wohlfahrtsstaates als wettbewerbsbehindernde Einrichtung propagiert.

Hierzu eignet sich ein Zitat des bekannten österreichischen neoliberalen Theoretikers Friedrich August von Hayek (1991: 142) aus seinem Buch „Die Verfassung der Freiheit“²⁰, um die Ansichten neoliberaler TheoretikerInnen zu veranschaulichen:

„Sowohl allgemeine Überlegungen als auch die Erfahrung der letzten Zeit zeigen, dass Demokratie nur so lange wirksam bleiben wird, als sich der Staat in der Ausübung seiner Zwangsgewalt auf Aufgaben beschränkt, die demokratisch durchgeführt werden können. Die Demokratie ist ein Mittel zur Erhaltung der Freiheit, aber die individuelle Freiheit ist nicht weniger eine wesentlich Bedingung für das Funktionieren der Demokratie. Obwohl die Demokratie die beste Form einer beschränkten Regierung sein mag, wird sie zur Absurdität, wenn sie eine unbeschränkte Herrschaft wird.“

²⁰ Die Erstauflage dieses Werkes erschien 1971.

Jedoch ist es in Wirklichkeit so, dass der Neoliberalismus größtenteils nur die Menschen, die ein Mehr an Eigentum und Kapital besitzen beziehungsweise elitären Kreisen angehören oder sich kapitalistischen Bedingungen unterwerfen, Vorteile durch diese individuellen Freiheiten erhalten:

„Der klassische Liberalismus ist also ebenso wie der moderne Neoliberalismus durch die Zweideutigkeit zwischen der Freiheit für jene gekennzeichnet, die der bürgerlichen Mission der Integration des gesamten Erdkreises in die kapitalistischen Verwertungsketten folgen, und der Repression gegenüber jenen, die ihr Klasseninteresse an würdiger Arbeit und vernünftigem Leben sowie dem Erhalt der Natur wahrzunehmen beanspruchen.“ (Altvater 2008: 66)

Im Gegenteil dazu kann ein radikales und ursprünglich gedachtes Demokratiemodell, dass sich einerseits am Gemeinwohl orientiert und andererseits den Anspruch hat, die demokratische und politische Partizipation möglichst vieler Menschen (unabhängig von ihrer sozialen Schicht und ihren Eigentümern) in möglichst vielen politischen Feldern zu gewährleisten, auch ein Mehr an Freiheit²¹ – wenn diese Möglichkeit zur Partizipation als Recht und Pflicht gesehen wird – mit sich bringen. Es gilt unter anderem politische, demokratische, emanzipatorische und im Allgemeinen öffentliche Räume zu fördern, zu erweitern und vor einer kapitalistischen Inwertsetzung zu schützen.

Nach diesen einleitenden Worten zu der Problematik der neoliberalen Demokratiebegrenzung und dem Überblick zu der Thematik der Begrenzung der Demokratie im Neoliberalismus will ich nun tiefer in das beschriebene Forschungsfeld eindringen. Hierbei möchte ich mit einem passenden Zitat von beginnen:

„Die Demokratie befindet sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer realen und legitimatorischen Krise. Zwei komplementäre Tendenzen bestimmen ihren gegenwärtigen Zustand: die Globalisierung und die Entkernung des Staates. Relevante politische Entscheidungen werden heute, wie das Beispiel der EU lehrt, immer weniger von demokratisch verfassten Institutionen getroffen, als vielmehr von überstaatlichen

²¹ Genauerer zu dieser Thematik wurde schon in Kapitel 2.4 „Freiheitsbegriff“ beschrieben.

Bükratien, Verhandlungsgremien, Expertenrunden und Politiknetzwerken; gleichzeitig tritt der Staat auch intern Entscheidungskompetenzen an andere gesellschaftliche Teilsysteme wie Wirtschaft und Recht ab.“ (Heil/Hetzel 2006b: 7)

Somit wird die Gefahr einer Elitenregierung durch die neoliberale Demokratiekonzeption verdeutlicht, wodurch die alleinige Verwendung des Demokratiebegriffs in diesem Fall paradox erscheint, da ein hoch angesetzter Demokratieanspruch das Vorhandensein weitreichender Partizipationsmöglichkeiten voraussetzt, wodurch Hierarchien eigentlich abgebaut werden sollten. Im Neoliberalismus wird sogar das liberal-demokratische Prinzip der Repräsentation unterminiert, weil das Parlament zur Tribüne wird, auf der bereits im vorhinein getroffene Entscheidungen lediglich in einem dramaturgischen Rahmen der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die politische Entscheidungsbildung wird zum Großteil hinter verschlossenen Türen (vgl. Lösch 2008: 282-283) durch Gremien, denen politische, wirtschaftliche, intellektuelle und andere Eliten angehören, abgewickelt. Dank dieser Dynamik wird selbst der liberal-demokratische Anspruch im Neoliberalismus unzureichend erfüllt. Bettina Lösch (2008: 282) bestätigt meine Überlegungen über den Bedeutungswandel des liberal-demokratisch legitimierten Staates:

„Insgesamt ist festzustellen, dass die neue Rolle des Staates, d.h. die verstärkte Kooperation der Regierung mit bestimmten gesellschaftlichen Kräften beziehungsweise privatwirtschaftlichen Verbänden, den Regierungs- und Gesetzgebungsprozess undurchschaubar macht, Politik informalisiert und das Parlament tendenziell entmachtet. Es fehlt der Gesellschaft also der breiten politischen Öffentlichkeit, das Wissen darüber, welche Entscheidungen eigentlich schon gefallen sind, bevor Abgeordnete im Parlament gesellschaftspolitische Fragen beraten. Außerdem bleibt die politische Beteiligung und Beratung auf einen elitären, nichtöffentlichen und nicht demokratisch legitimierten Kreis von Personen beschränkt.“

Zusätzlich hat sich durch Entwicklungen in der Europäischen Union die politische Macht noch mehr von den liberal-demokratisch legitimierten Parlamenten auf die Regierungen der Mitgliedsländer und auf die Europäische Kommission, deren jeweiligen Mitglieder als oberste politische Elitenklasse zu bezeichnen sind,

verschoben. Kommission, Europäischer Rat²² und Rat der Europäischen Union²³ sind für den politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozess bestimmend, während das Europäische Parlament²⁴ eine untergeordnete Rolle spielt.

Durch diesen Machtverschiebungsprozess verlieren moderne Demokratien – wie bereits zuvor erwähnt – sogar den sehr gering angelegten Demokratieanspruch des Liberalismus. Nämlich die freie und allgemeine Wahl von RepräsentantInnen als InteressensvertreterInnen und deren zugesicherte Bedeutung für den politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozess. Der Einfluss der liberalen Demokratiekonzeption auf das System von Demokratien bedingt, durch Beschränkung der politischen und demokratischen Partizipation auf den Akt der Wahl von RepräsentantInnen, eine praktische Begrenzung der Demokratie (wenn von einer radikalen und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption ausgegangen wird). Diese Form eines Demokratiesystems genügt lediglich einem sehr geringen demokratischen Anspruch – im Sinne der liberal-demokratischen Konzeption von Demokratie. Dieser bereits geringe Demokratieanspruch des Liberalismus wird im Neoliberalismus, durch die systematische Annäherung an die Verwirklichung einer absoluten Elitenherrschaft, noch weiter ausgehöhlt.

Dieser geringe Demokratieanspruch und dessen fortgeführte Unterminierung führen zu der vorherrschenden Politik- und Demokratieverdrossenheit in westlichen Demokratien oder Demokratien westlichen Vorbildes. Da der liberal-demokratisch legitimierte Staat im Neoliberalismus im Allgemeinen und die Repräsentation des Volkes durch das Parlament im Speziellen an Bedeutung verliert, fühlen sich die BürgerInnen durch den Staat im ganzen nicht mehr vertreten (vgl. Weyman 2004: 87-88).

Bettina Lösch (2008: 239) meint, dass die neoliberale Konzeption unter anderem einen dominanten Status in gesellschaftlichen Diskursen erreicht, „weil sie gegenwärtige Problemlagen des Staates und der repräsentative-parlamentarischen Demokratie aufgreif[t]“. Hierbei wird für mich die Paradoxie der aktuellen demokratischen Verfasstheit verdeutlicht. Neoliberale AkteurInnen nützen die Verdrossenheit der BürgerInnen über Politik und liberale Demokratie aus, um die konzeptionelle und systemische Dominanz ihrer Denkvorstellungen zu erreichen.

²² Besteht aus den Regierungschefs der verschiedenen Mitgliedsländer.

²³ Besteht aus den unterschiedlichen Minister der verschiedenen Mitgliedsländer.

²⁴ Direktwahl durch die BürgerInnen der verschiedenen Mitgliedsländer.

Gleichzeitig wird das liberale Paradigma der Begrenzung der Demokratie, durch eingeschränkte Partizipationsmöglichkeiten und stark beschränkte Volkssouveränität, im Neoliberalismus aufgenommen und sogar noch erweitert. Diese Erweiterung der Begrenzung der Demokratie findet durch die Unterminierung der Bedeutung von Staat und Parlament und durch die schrittweise Annäherung an die Verwirklichung einer absoluten Elitenherrschaft statt. Es ist nicht schwer nachzuvollziehen, dass diese neoliberalen Entwicklungen die Politik- und Demokratieverdrossenheit im Endeffekt noch weiter verstärken. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in der verstärkten Einschränkung von politischer und demokratischer Partizipation im Neoliberalismus der Hauptgrund für Zunahme von Politik- und Demokratieverdrossenheit zu finden ist (vgl. Heil/Hetzel 2006b: 7).

An dieser Stelle möchte ich nochmals auf die Forderung neoliberaler AkteurInnen nach einem „schlanken Staat“ (vgl. Virchow 2008: 238) beziehungsweise an der Kritik des Wohlfahrtsstaates eingehen. Die neoliberale Vorstellung über die Rolle des Staates lässt sich gut in einem Satz zusammenfassen:

„Der Staat soll auf lange Sicht – wenn überhaupt – nur die Regeln aufstellen und die Rahmenbedingungen schaffen, die es der privaten Unternehmerschaft ermöglichen, ihr Ziel der Profitmaximierung zu verfolgen und im internationalen Wettbewerb zu bestehen.“ (Lösch 2008: 236)

Außerdem ist „[d]as Hauptangriffsziel [neoliberaler Akteure] ein handlungsfähiger sozialer Interventionsstaat, der die Macht hat, ein allgemeines gesellschaftliches Wohlfahrtsinteresse durchzusetzen“ (Ptak 2008: 67). Dabei ist zu bedenken, dass aus neoliberaler Sicht „[j]ede Staatsintervention als Angriff auf die individuelle Freiheit betrachtet [wird]“ (Laclau/Mouffe 2006: 215). Warum der neoliberale Freiheitsbegriff in diesem Zusammenhang einem hohen demokratischen Anspruch nicht genügt und ein Wohlfahrtsstaat in diesem Sinn auch ein Mehr an Freiheit ermöglichen kann, habe ich bereits in Kapitel 2.4 „Freiheitsbegriff“ erläutert.

Auf jeden Fall verdeutlichen die neoliberalen Vorstellungen über den liberal-demokratischen Staat und die Forderung nach dessen Transformation das neoliberale Streben nach der Begrenzung der liberalen Demokratie, welche bereits im Vorhinein nur einem äußerst geringen demokratischen Anspruch genügt. Dies

lässt sich dadurch erkennen, dass die angesprochene Transformation darauf abzielt, den Staat, welcher liberal-demokratisch legitimiert ist und das Volk eigentlich repräsentieren sollte, unter dem Paradigma der Marktfreiheit und der darin enthaltenen neoliberalen Logiken²⁵ unterzuordnen. Somit bedeutet der neoliberale Wunsch nach einem zurückgedrängten Staat auch eine Entdemokratisierung.

Es erscheint mir sinnvoll an dieser Stelle kurz zu erwähnen, dass neoliberale AkteurInnen die Notwendigkeit der Marktfreiheit diskursiv argumentieren, in dem sie eine Naturalisierung des Marktes betreiben:

„Obwohl Märkte keine überhistorischen Phänomene sind, vielmehr als Artefakte von besonderen geschichtlichen Prozessen verstanden werden müssen, betont der Neoliberalismus die ‚natürliche und spontane Ordnung des Marktes‘.“ (Virchow 2008: 224)

Ein weiterer Punkt der Begrenzung der Demokratie im Neoliberalismus, besteht in der Hervorhebung der Bedeutung von Einzel- und Gruppeninteressen. Während bei einer radikalen und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption²⁶ neben der Gewährleistung der Volkssouveränität durch das Vorhandensein möglichst weit fassender Partizipationsmöglichkeiten das Gemeinwohl eine wichtige Rolle spielt, tritt im Neoliberalismus der Faktor von einzelnen Interessen in den Vordergrund. Dabei wird „[d]ie Maximierung des individuellen Nutzens zur grundlegenden Motivation aller menschlichen Handlungen“ (Candeias 2008: 302). Dazu kommt, dass „eine Transformation der allgemeinen demokratischen Willensbildung in den schlichten Abtausch von Interessensgegensätzen“ (Friessner 2006: 243) vonstatten geht.

Alles in allem konnte ich in diesem Kapitel belegen, dass die Geschichte der Begrenzung von Demokratie, welche in der liberalen Demokratiekonzeption ihren Anfang nahm, in der neoliberalen Demokratiekonzeption aufgenommen, fortgeführt und erweitert wurde und zwar in einer ausgeprägten Weise. Dieses Paradigma der Begrenzung von Demokratie im Rahmen einer schrittweisen Entwicklung in die Richtung einer absoluten Version der Elitenherrschaft wird von neoliberalen

²⁵ Diese neoliberalen Marktlogiken habe ich bereits in Kapitel 2.3 „Neoliberale Logiken bei Michel Foucault“ beschrieben.

²⁶ Diese Konzeption wird erst im Kapitel 3.5 „Radikale Demokratie ursprünglich gedacht und die Forderung nach Revolution“ konkret erläutert werden.

AkteurInnen, in der Sorge über einen zu starken liberal-demokratischen Staat, sogar ohne Verheimlichung propagiert:

„Vertreter des neoliberalen Projekts sprechen sich selten offen gegen eine demokratische Verfasstheit der Gesellschaft aus, warnen jedoch regelmäßig vor den ‚Gefahren‘ einer unbegrenzten Demokratie, die auf Gleichheit abziele und damit die individuelle Freiheit, exakter ausgedrückt: die Freiheit des Eigentums und des Wettbewerbs, bedrohe.“ (Lösch 2008: 240)

Außerdem habe ich gezeigt, dass die Geschichte der Begrenzung der Demokratie, welche sich durch die liberale und neoliberale Demokratiekonzeption entwickelt hat, eine entdemokratisierende Wirkung in sich trägt. Allein die Verwendung des Begriffs „Demokratie“ für das System von liberalen und neoliberalen Demokratien erscheint nicht sinngemäß, da dieses System einem hoch angelegten Demokratieanspruch beziehungsweise einer radikalen Demokratiekonzeption nicht genügt.

3. Radikal-demokratischer Diskurs

Die folgenden Seiten sind als Einleitung in die Thematik des radikal-demokratischen Diskurses gedacht. Eine gründliche Ausarbeitung bestimmter Aspekte dieses Diskurses wird in den jeweiligen Unterkapiteln erfolgen.

In diesem Abschnitt werde ich daher den Inhalt des radikal-demokratischen Diskurses grob umreißen und dabei eine starke Verallgemeinerung durchführen. Es geht mir nicht darum, die Vollständigkeit zu erfüllen, die gesamte theoretische Spannweite dieses Diskurses ausführlich darzustellen. Im Gegensatz dazu werde ich versuchen, die Essenz dieses Diskurses herauszuarbeiten und nicht auf das gesamte Theoriefeld aller am Diskurs teilnehmenden AutorInnen genauer einzugehen, sondern exemplarisch Theorien der wichtigsten AutorInnen vorstellen. AutorInnen, die für den radikal-demokratischen Diskurs eine zentrale Rolle spielen, sind unter anderen die PhilosophInnen und SozialwissenschaftlerInnen Jacques Derrida, Marcel Gauchet, Claude Lefort, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und

Jacques Ranciere (vgl. Heil/Hetzel 2006b: 9). Ein weiterer Vertreter des radikal-demokratischen Diskurs und gleichzeitig großer Kritik dieses Diskurses ist Slavoj Žižek. Um Erkenntnisse über die wissenschaftlichen Theorien der genannten ForscherInnen zu erlangen, habe ich mich nicht nur mit deren eigenen Standardwerken auseinandergesetzt, sondern ebenso Reflexionsarbeiten über diese Werke studiert. Dabei waren mir vor allem die Sammelbände „Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektive der Demokratietheorie“ (Heil/Hetzel 2006a), „Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorie heute“ (Flügel/Heil/Hetzel 2004b) und „Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie“ (Rödel 1990) sehr hilfreich.

Im Allgemeinen habe ich mich entschieden unter anderem den radikal-demokratischen Diskurs in meiner Diplomarbeit zu behandeln, da ich untersuchen wollte, ob Ähnlichkeiten zu meiner eigenen Vorstellung einer radikalen Demokratie bestehen. In diesen Zusammenhang sind mir einige Aspekte des radikal-demokratischen Diskurses aufgefallen, welche ich im gesamten Analyseteil dieses Hauptkapitels immer wieder erwähnen werde.

Dennoch konnte ich ebenso viele ausschlaggebende Unterschiede feststellen. Die Aufzählung dieser Unterschiede wird im Kapitel 3.3 „Kritik am radikal-demokratischen Diskurs“ zu finden sein. Wobei im Vorhinein zu erwähnen ist, dass es den meisten AutorInnen des radikal-demokratischen Diskurses um eine radikale Demokratietheorie geht, während bei mir die Kritik an der neoliberalen Demokratiekonzeption und die Entwicklung einer gegensätzlich radikalen Demokratiekonzeption im Mittelpunkt steht. Darin unterscheidet sich bereits der wissenschaftliche Anspruch wesentlich. Trotzdem hat der hier durchgeführte Vergleich manche konstruktive Erkenntnis für meine Arbeit ermöglicht, allein schon, weil im Rahmen des radikal-demokratischen Diskurses auch eine ausführliche Kritik am Neoliberalismus und dessen Einfluss auf Demokratie ausgeübt wird.

Scheinbar werden Konflikt und Gleichheit generell im radikal-demokratischen Diskurs als grundlegende Aspekte einer Demokratie gesehen. Deswegen werde ich auf diese Elemente in den Kapiteln 3.1 „Konflikt vs. Konsens“ und 3.2 „Gleichheit vs. Elitenherrschaft“ eingehen und dabei ebenfalls Unterschiede zwischen der neoliberalen Demokratiekonzeption und der Demokratiekonzeption des radikal-demokratischen Diskurses aufzeigen.

In Kapitel 3.4 „Athenische Demokratie“ werde ich die wichtigsten Eigenschaften der Demokratie im antiken Athen behandeln. Dadurch wird es mir möglich sein, mich an die ursprünglich gedachte Bedeutung des Begriffs „Demokratie“ anzunähern, welcher für meine eigene Konzeption einer radikalen Demokratie maßgeblich ist.

Schließlich werde ich in Kapitel 3.5 „Radikale Demokratie ursprünglich gedacht und die Forderung nach Revolution“ zum Endpunkt der Theorieentwicklung meiner Diplomarbeit gelangen. Hier wird erstmals in dieser Arbeit die zentralen Grundbedingungen meiner radikalen und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption konkret dargestellt, welche ich in den jeweiligen Kapiteln bereits des Öfteren angesprochen habe. Außerdem werde ich mit der Forderung nach Revolution in Bezug auf die dominante Position der neoliberalen Demokratiekonzeption in Diskurs und System das Fazit für Kapitel 3 „Radikal-demokratischer Diskurs“ bilden.

Als Einstiegspunkt in die Thematik möchte ich ein Zitat bringen, welches die theoretischen Grundvoraussetzungen des radikal-demokratischen Diskurses gut zusammenfasst:

„Die Vertreter des Diskurses einer radikalen Demokratie positivieren die Unbestimmbarkeit von Demokratie. Im Mittelpunkt ihrer politischen Theorie steht, mit unterschiedlichen Akzentuierungen und Konsequenzen, der Gedanke, dass die ‚Mitte der Macht leer bleiben‘ muss (Lefort), dass die Demokratie notwendig ‚im Kommen bleibt‘ (Derrida), ohne sich durch einen Rekurs auf kategoriale Vernunft- und Rechtsprinzipien eine nicht-kontingente Gestalt geben zu können. Es ist aus dieser Perspektive gerade eine Leerstelle im Zentrum der Gesellschaft, die diese zusammenhält. Die demokratische Auseinandersetzung – auch und gerade über die Möglichkeitsbedingung von Demokratie – kann nie zu einem Ende kommen.“ (Flügel/Heil/Hetzel 2004a: 12)

In diesem Zitat wird die grundlegende Bedeutung der Theorien von Jacques Derrida und Claude Lefort für den radikal-demokratischen Diskurs verdeutlicht. Diese Theorien lassen sich vor allem in den Büchern „Politik der Freundschaft“ (Derrida 2002), „Gesetzeskraft. Der ‚mystische Grund der Autorität‘“ (Derrida 1991), „Schurken. Zwei Essays über die Vernunft“ (Derrida 2003) und in den Beiträgen „Die Frage der Demokratie“ (Lefort 1990A), „Über die Demokratie: Das Politische und die

Instituierung der Gesellschaft“ (Lefort/Gauchet 1990), „Vorwort zu *Éléments d'une critique de la bureaucratie*“ (Lefort 1990b) finden.

Claude Lefort gilt „als wichtigster Wegbereiter des radikaldemokratischen Diskurses“ (Heil/Hetzel 2006b: 9). Daniel Gaus (2004: 71) beschreibt Leforts Grundbedingungen der Demokratie:

„Besetzt der doppelte Körper des Königs in der Monarchie den Ort der Macht, beraubt die Dekorporierung des Königs in der demokratischen Revolution die Macht ihrer Manifestation im Realen. Die Macht wirkt fortan im Symbolischen, der Ort der Macht wird zu einer Leerstelle. Zugleich lösen sich alle Zeichen der im Monarchen verankerten Gewissheit auf. An die Stelle des Wortes des Fürsten, das als Allgemeines und Eindeutiges den Sinn markierte, tritt Ungewissheit und Offenheit. Am Grund der Demokratie enthüllt sich das Prinzip der Negativität, eine Bewegung des Hinterfragens, eine Struktur des sich Entziehens.“

Dabei lassen sich Ähnlichkeiten zu der allgemeinen Auffassung Derridas über Demokratie feststellen:

„Die Erfahrung der Demokratie stellt sich daher als unmöglich dar. Unmöglich allerdings ist sie allein im Sinne einer aneignenden Vergegenwärtigung: Dass die Demokratie unmöglich ist, meint so betrachtet nichts anders als dass niemals, zu keinem Zeitpunkt bereits über sie verfügt wird. Hierin der Gerechtigkeit nicht unähnlich bleibt auch sie stets im Kommen, muss begriffen werden als eine *démocratie à venir*.“ (Flügel 2004: 34)

Bei der Lektüre dieser beiden Zitate offenbart sich eine Inkompatibilität zwischen den Demokratietheorien der beiden Autoren und einer neoliberalen Demokratiekonzeption. Während in der neoliberalen Demokratiekonzeption Begrenzung von Partizipation, Politikfelder und Demokratie an sich im Mittelpunkt steht, betonen Lefort und Derrida unter anderem, einerseits das grundsätzliche Infragestellen und die Offenheit als wichtiges Element der Demokratie, und andererseits die Unabschließbarkeit des demokratischen Prozesses (vgl. Heil/Hetzel 2006b: 9). Die Inkompatibilität besteht, da im Neoliberalismus das Selbstverständnis einer liberalen Demokratie propagiert und diese Form von Demokratie als „Ende der

Geschichte“²⁷ (Fukuyama 1992) dargestellt wurde (vgl. Ptak 2008: 85). Dadurch verharrt das politische und demokratische System in westlichen Ländern in einer gewissen Starre. Dies widerspricht logischerweise vollkommen der Idee einer radikalen Demokratiekonzeption, wie der von Lefort und Derrida.

Außerdem wird es im Neoliberalismus erschwert, Alternativen zu der dominanten Demokratieform in den diskursiven Raum zu stellen:

„[N]eoliberale think tanks (Denkfabriken) und PR-Agenturen [arbeiten] stetig daran, die öffentliche Meinung einseitig zu prägen, wobei sie eine grundlegende demokratische Voraussetzung untergraben: das Denken in Alternativen.“ (Lösch 2008: 221-222)

Die in diesem Zitat genannte Dynamik widerspricht dem grundsätzlichen Infragestellen (vgl. Friessner 230) – eine Grundbedingung der radikalen Demokratie.

Zusätzlich habe ich bei Lefort einige Parallelen zu meiner eigenen Theorie über die Geschichte der Begrenzung der Demokratie im Liberalismus und Neoliberalismus gefunden, da er den antidemokratischen Aspekt im Akt des Wählens von RepräsentantInnen erkennt und die Gefahr einer Elitenherrschaft kritisiert:

„Nichts stellt übrigens das Paradox der Demokratie prägnanter vor Augen als die Institution des allgemeinen Wahlrechts. Denn genau in dem Moment, wo die Souveränität des Volkes sich manifestieren und das Volk seinen Willen zum Ausdruck bringen soll, werden die gesellschaftlichen Solidaritätsbeziehungen aufgelöst, der politisch aktive Bürger aus allen Handlungszusammenhängen freigesetzt, in denen sich das gesellschaftliche Leben entfaltet, um gewissermaßen in eine ‚Recheneinheit‘ vergewandelt zu werden.“ (Lefort 1990: 295)

„Doch habe ich keinesfalls vergessen, daß die demokratischen Institutionen ständig benutzt wurden, um den Zugang zur Macht, Erkenntnis und zum Genuß der Rechte auf eine kleine Minderheit zu beschränken.“ (Lefort 1990: 295-296)

Ähnlichkeiten zwischen meiner Theorie und den Vorstellungen von Jacques Derrida über Demokratie konnte ich in diesem Zitat festmachen:

²⁷ „Der US-amerikanische Neokonservative Francis Fukuyama sah die Marktwirtschaft und das westliche Modell der Demokratie unaufhaltsam voranschreiten und bereits das ‚Ende der Geschichte‘ gekommen.“ (Ptak 2008: 85)

„Der Ausdruck ‚kommende Demokratie‘ steht zweifellos für eine kämpferische und schrankenlose politische Kritik oder verlangt doch danach. Als Waffe gegen die Feinde der Demokratie erhebt sie Widerspruch gegen jede naive oder politisch missbräuchliche Rhetorik, die als gegenwärtige oder faktisch bestehende Demokratie ausgibt, was dem demokratischen Anspruch in der Nähe oder Ferne, zu Hause oder in der Welt, unangemessen bleibt.“ (Derrida 2003: 123)

Parallelen werden deutlich, da ich ebenso in meiner Arbeit die Verwendung des Demokratiebegriffs für ein System, welches einem demokratischen Anspruch eigentlich nicht genügt, stark kritisiere. Überdies möchte ich, wie bereits in der Einleitung erwähnt, an dem Kampf um die diskursive Dominanz des Demokratiebegriffs teilnehmen. Meine radikale und ursprünglich gedachte Demokratiekonzeption dient mir dabei ebenfalls als „Waffe“.

Weiters hat Claude Lefort die Bedeutung von „antagonistischen Modellen der Demokratie“ und den „Konflikt als den Ursprung einer demokratischen Gesellschaft“ erkannt und mit dieser Feststellung viele andere SozialwissenschaftlerInnen, die sich mit radikaler Demokratietheorie beschäftigt haben, geprägt (Gaus 2004: 82).

In diesem Zusammenhang kritisiert Lefort auch die „Homogenitätsthese einer liberal-rationalistischen Tradition“ (Gaus 2004: 82-83). Für mich ist der Konflikt ebenso ein wichtiger Punkt unter anderen für eine radikale Auffassung des Demokratiebegriffes. Dennoch liegt bei meiner radikalen Demokratiekonzeption der Ursprung in der Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten und Politikfelder, sprich Themenbereiche in denen politische und demokratische Konflikte in öffentlichen Räumen ausgetragen werden können. Diese Maßnahme soll eine Volkssouveränität weitest möglich garantieren. Auf das Thema „Konflikt vs. Konsens“ werde ich im folgenden Kapitel 3.1 nochmals eingehen.

Auch Jacques Rancière gilt als wichtiger Vertreter des radikal-demokratischen Diskurses. Rancière fordert in erster Linie „die Rückkehr eines Politischen, welches sich an einen grundstürzenden Widerstreit bindet“ (Hetzl 2006: 26). Dabei bestätigt sich die These, dass Konflikt und Widerstreit für die radikal-demokratische Demokratiekonzeption zentral sind. Diese Elemente werden scheinbar durch die Zentrierung auf den Konsens in der neoliberalen Demokratiekonzeption bedroht (vgl.

Rancière 2002: 111-112), wodurch das „Verschwinden der Politik“ (Rancière 2002: 112) zustande kommt. Dabei ist wichtig zu bedenken, dass Rancière „[d]as Politische mit dem Demokratischen synonymisiert“ (Heil/Hetzel 2006b: 18). Diese Synonymisierung habe ich in dieser Diplomarbeit ebenfalls betrieben.

Ein weiterer bedeutender Autor des radikal-demokratischen Diskurses ist der argentinische Politikwissenschaftler Ernesto Laclau:

„Gegen die systematische Entmündigung und Entmutigung weiter Teile der Bevölkerung in unseren westlichen Gesellschaften, für die sich Demokratie immer mehr auf eine Wahl zwischen Parteien reduziert, die keine wirkliche Alternativen mehr verkörpern, plädiert Laclau für eine Redemokratisierung aller relevanten gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen, nicht zuletzt auch der ökonomischen und transnationalen.“ (Hetzel 2004: 187)

Ich habe in Kapitel 2.5 „Begrenzung der Demokratie im Neoliberalismus“ einen ähnlichen Einfluss des Neoliberalismus auf die liberale Demokratieform festgestellt und die Gründe für Politik- und Demokratieverdrossenheit in dieser Dynamik entdeckt. Politik- und Demokratieverdrossenheit kommt, wie bereits beschrieben, durch die Begrenzung von Partizipation und Politikfelder zustande. Diese Begrenzung von Demokratie nimmt jedoch schon im Liberalismus ihren Anfang, wodurch es für mich wunderbar erscheint, dass Ernesto Laclau den liberalen Demokratiebegriff reproduzieren beziehungsweise die liberale Demokratie als theoretischen Ankerpunkt für seine eigene radikale Demokratiekonzeption verwendet (vgl. Hetzel 2004: 187).

Weiters übernimmt Laclau, wie viele andere AutorInnen des untersuchten Diskurses, den Ansatz von Claude Lefort, welcher besagt, dass die Mitte in einer Demokratie leer bleiben muss (Hetzel 2004: 204):

„Demokratie legitimiert sich für Laclau gerade über ihre Grundlosigkeit, nicht dagegen durch einen Rekurs auf universale Werte oder kategoriale Rechtsprinzipien, die den demokratischen agon von außen begrenzen. Normativ gehaltvoll wird Demokratie dann einzig durch die Positivierung ihrer leeren Mitte, durch die Abweisung aller Versuche, diese leere Mitte mit konkreten Inhalten zu besetzen.“ (Heil/Hetzel 2006b: 13)

Somit widerspricht die neoliberale Demokratiekonzeption der Auffassung von Laclau, da im Neoliberalismus der demokratische Prozess ein starres und streng konzeptualisiertes Verfahren ist und die liberale Demokratieform als „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) gesehen wird. Im Neoliberalismus wird das Primat des Kapitals und das Paradigma beziehungsweise die Naturalisierung der Freiheit des Marktes als übergeordnetes (Leit-)Prinzip in die Mitte von Gesellschaft und somit ebenso von Demokratie gestellt. Es ist daher eindeutig, dass sich die neoliberale Demokratiekonzeption, nicht nur im Gegensatz zu meiner radikalen und ursprünglich gedachten Konzeption des Demokratiebegriffes, aufstellt, sondern auch der Darstellungen des radikal-demokratischen Diskurses grundsätzlich nicht entspricht.

Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe bewegt sich, im Bezug auf radikal-demokratische Thematik und Theorie, in demselben Gebiet, wie Ernesto Laclau. Zusammen haben sie das Buch „Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus“ (Laclau/Mouffe 2006) geschrieben und herausgegeben. In diesem Buch wird unter anderem eine aktuelle „Krise des Liberalismus“ (Laclau/Mouffe 2006: 218) geortet:

„[Der] Versuch, das Terrain des demokratischen Kampfes zu beschränken und die in vielen sozialen Verhältnissen existierenden Ungleichheiten zu bewahren, erfordert jedoch die Verteidigung eines hierarchischen und anti-egalitären Prinzips, das durch den Liberalismus selbst gefährdet worden war.“ (Laclau/Mouffe 2006: 218)

Damit ist gemeint, dass durch die Entstehung liberaler Demokratien Hierarchien zum Teil dezimiert und eine absolute sowie feudale Elitenherrschaft eingeschränkt wurde. Folglich werden diese Errungenschaften durch die Dynamik des Neoliberalismus bedroht. Ich stimme dem zum Teil zu. Gleichzeitig muss ich aber Laclau und Mouffe widersprechen, weil bereits im Liberalismus selbst Demokratie beschränkt wurde beziehungsweise schon bei der Entstehung liberaler Demokratien die Begrenzung oder Beschränkung von Demokratie – wenn man von einem radikalen Demokratieanspruch ausgeht – eine zentrale Rolle eingenommen hat. Dadurch waren die Gefahr der Wiederkehr einer absoluten Elitenherrschaft und die neuerliche Erweiterung von Hierarchien in der gesamten Geschichte der Entwicklung moderner Demokratien immer gegeben. Es kann auch gesagt werden, dass diese Gefahr immer „auf der Lauer lag“. In diesem Sinn würde ich nicht nur die neoliberale,

sondern auch die liberale Demokratiekonzeption direkter als Laclau und Mouffe kritisieren, da bereits im Liberalismus die Geschichte der Begrenzung von Demokratie ihren Anfang nahm.

Die zentralen radikal-demokratischen Theorien von Chantal Mouffe (2000) sind in ihrem Buch „Das demokratische Paradox“ aufgezählt. Folgendes Zitat hebt den Ansatzpunkt ihrer Kritik „des dominanten Ansatzes in der Demokratietheorie“ (Mouffe 2000: 24) – sprich in meinen Worten an der dominanten Demokratiekonzeption – hervor:

„Meine Untersuchung der Probleme dieses Ansatzes bringt mich zu der Schlussfolgerung, dass das ‚Konsensmodell‘ von Demokratie [...] die Dynamik moderner demokratischer Politik nicht fassen kann, die in der Konfrontation der beiden Komponenten liberal-demokratischer Artikulation besteht. Anders gesagt, die Unfähigkeit der Theoretiker und Politiker der Demokratie, das Paradox anzuerkennen, dessen Ausdruck liberal-demokratische Politik ist, steht am Ursprung ihrer fehlgeleiteten Betonung von Konsens und liegt ihrem Glauben zugrunde, Antagonismus könne überwunden werden.“ (Mouffe 2000: 24)

Für Mouffe zeigt sich die „grundlegende Paradoxie der modernen Demokratie“ in der Konfliktlinie von „den Prinzipien der Freiheit und der Gleichheit, zwischen Menschenrechten und Volkssouveränität“ (Jörke 2004: 172). Die beiden Konfliktparteien sind in diesem Fall die Denktraditionen des Liberalismus und der Demokratie (vgl. Mouffe 2000: 20). Nach Mouffe (2000: 24) kann nur die Weiterführung des beschriebenen Konfliktes der liberalen Demokratie ein Fortbestehen sichern. Dieses Fortbestehen wird scheinbar wiederum durch die Entwicklungen im Neoliberalismus bedroht (vgl. Mouffe 2000).

Somit zeigt sich, dass ebenso bei Mouffe, wie bei den meisten AutorInnen des radikal-demokratischen Diskurses, die Hervorhebung der Bedeutung des Konfliktes und die Kritik an der Konsenspolitik im Neoliberalismus, eine wichtige Rolle spielt. Wie bereits beschrieben liegt mein Forschungsansatz auf einer anderen Ebene.

Da ich in diesem Kapitel eine verallgemeinerte Darstellung der jeweiligen theoretischen Positionen im Sinn hatte, möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass „ein gemeinsames Ziel fast aller behandelten Positionen in der Formulierung einer zeitgemäßen Ethik der Demokratie, welche Offenheit, Unentscheidbarkeit und

Kontingenz normativ auszeichnet[, besteht]“ (Flügel/Heil/Hetzel 2004a: 13). Zum Schluss möchte ich noch ein Zitat bringen, welches das Postulat des radikal-demokratischen Diskurses verallgemeinert zusammenfasst:

„Forderungen nach Gleichheit und Partizipation werden im radikal-demokratischen Denken aufgenommen und als Forderungen nach einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft explizit gemacht, die sich vor allem gegen die Hegemonie des Kapitalismus richtet. Das liberale Konzept der Demokratie wird, darin liegt der Einsatzpunkt des radikaldemokratischen Diskurses, in den Dienst einer revolutionären, dediziert antikapitalistischen Politik gestellt.“ (Heil/Hetzel 2006b: 8)

Hierbei werden Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Theorien des radikal-demokratischen Diskurses und der Theorien meiner Diplomarbeit beziehungsweise meiner eigenen radikalen Demokratiekonzeption erkennbar. Die größte Analogie besteht wohl in der Forderung nach Partizipation und Gleichheit, da in meiner Theorie – im Rahmen einer Kritik an der Gefahr einer absolut verwirklichten Elitenherrschaft durch neoliberale Konzeptionen – Gleichheit, im Bezug auf gleiche Partizipationsmöglichkeiten, ebenfalls postuliert wird. Auf diesen Punkt werde ich noch näher im Kapitel 3.2 „Gleichheit vs. Elitenherrschaft“ eingehen.

Verschiedenheiten sind darin zu finden, dass der Großteil der AutorInnen des radikal-demokratischen Diskurses vor allem die Hegemonie des Kapitalismus angreifen (vgl. Heil/Hetzel 2006b: 8), während das Hauptaugenmerk meiner kritischen Reflexion auf der Dominanz neoliberaler Demokratiekonzeption liegt und darauf, dass die liberale Demokratiekonzeption der Mehrheit der VertreterInnen des radikal-demokratischen Diskurses eine theoretische Grundlage bietet. Im Gegensatz dazu, wird die liberale Demokratiekonzeption in den Theorien dieser Arbeit stark kritisiert, da einerseits im Liberalismus die Geschichte der Begrenzung von Demokratie ihren Anfang nahm, und andererseits eine liberale Demokratiekonzeption antidemokratische Eigenschaften enthält²⁸. Diese Unterschiede zwischen meiner Auffassung von den jeweiligen Konzeptionen der Demokratie und denen des radikal-demokratischen Diskurses werde ich in Kapitel 2.3 „Kritik am radikal-demokratischen Diskurs“ detailliert aufzählen.

²⁸ Dies habe ich bereits in Kapitel 2.1 „Begrenzung der Demokratie im Liberalismus“ erläutert.

3.1 Konflikt vs. Konsens

Im vorherigen Kapitel habe ich bereits angedeutet, dass der Konflikt als Grundvoraussetzung der liberalen Demokratie eine wichtige Position in den Theorien der VertreterInnen des radikal-demokratischen Diskurses einnimmt. Nun will ich mich intensiver mit dieser Thematik beschäftigen und darstellen, wieso argumentiert wird, dass die Konsenspolitik des Neoliberalismus diese Grundvoraussetzung gefährdet.

Für diese Fragestellung sind vor allem die analytischen Ausführungen von Chantal Mouffe hilfreich. Sie ist der Meinung, dass „[d]ie demokratische Gesellschaft nicht länger als eine Gesellschaft konzipiert werden [darf], die den Traum perfekter Harmonie in den sozialen Verhältnissen realisiert haben wird“, und dass „[d]en unauslöschbaren Charakter des Antagonismus zu negieren und auf einen universellen rationalen Konsens zu zielen[,] die wirkliche Gefahr die Demokratie [ist]“ (Mouffe 2000: 37). Hier schließe ich mich der Meinung von Mouffe an. Allerdings denke ich, dass die Hauptgefahr für die Demokratie in der neoliberalen Begrenzung von Partizipationsmöglichkeiten liegt, da ich in dem ausreichenden Vorhandensein dieser Möglichkeiten die Grundbedingung einer radikalen Demokratie sehe.

Desgleichen kritisiert Jacques Rancière, die „Reduktion des Konflikts auf einen Wettstreit zwischen etablierten Parteien innerhalb eines repräsentationalistischen Rahmens“ (Heil/Hetzel 2006b: 18). Rancière bezieht seine Kritik auf neoliberale Charakteristika der aktuell dominanten Demokratieform. Diese verminderte Version des politischen Konfliktes stellt einen weiteren Beleg für den Zusammenhang von neoliberaler Demokratiekonzeption und Entdemokratisierung, im Sinne des radikal-demokratischen Diskurses, dar. In seinem Buch „Das Unvernehmen“ beschreibt Rancière (2002: 111-112) die „konsensuelle Demokratie“:

„Die herrschende Idylle sieht darin die vernünftige Übereinkunft von Individuen und von gesellschaftlichen Gruppen, die verstanden hätten, dass die Kenntnis des Möglichen und die Diskussion zwischen Partnern für jede Partei Weisen sind, den besten Anteil zu erhalten, den die Objektivität der Gegebenheiten der Situation ihr zu hoffen erlaubt, und die dem Konflikt vorzuziehen ist.“

Jedoch bedeutet diese Dynamik für ihn das „Verschwinden der Politik“ (Ranciere 2002: 112).

Claude Lefort betont in seiner Demokratietheorie das „demokratische Agon konfligierender partikularer Perspektiven“ (Heil/Hetzel 2006b: 10). Weiters „wendet sich [Lefort] ja unter anderem gegen die Homogenitätsthese einer liberal-rationalistischen Tradition und beklagt eine mangelnde Sensibilität für die genuin konflikthafte Beschaffenheit jedes Gesellschaftlichen“ (Gaus 2004: 82-83).

Ernesto Laclau erkennt ebenfalls die Bedeutung des Konfliktes und die Gefahr des Konsenses für die Demokratie an. Dies wird in den Beschreibungen von Andreas Hetzel (2004: 208-209) über die Theorie von Laclau verdeutlicht:

„Wenn es einen Endpunkt des demokratischen Prozesses, eine mit sich versöhnte Gesellschaft gäbe, in der alle dasselbe dächten, dann hätte sich diese Gesellschaft die Möglichkeit jeder Kritik beraubt. Gerade der verwirklichte Konsens wäre für die Demokratie selbstzerstörerisch.“

Die hier vorgenommene Aufzählung der jeweiligen Auffassungen von zentralen VertreterInnen des radikal-demokratischen Diskurses, bestätigt nochmals die wichtige Bedeutung von Konflikt und Dissens für deren radikale Demokratiekonzeption. Im Gegensatz dazu nimmt in der liberalen Demokratietheorie der Konsens eine übergeordnete Position ein (vgl. Gaus 2004: 82).

An dieser Stelle möchte ich nun kurz erwähnen, dass bereits in der Antike der Konflikt von großer Bedeutung war (vgl. Castoriadis 1990: 302). Die genaue Beschreibung dieser Erkenntnis und die Erklärung, warum dieses Element der Demokratie in meiner eignen radikalen und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption neben der Erweiterung von demokratischen und politischen Partizipationsmöglichkeiten eine wichtige Rolle spielt, ist im Kapitel 3.4 „Athenische Demokratie“ zu finden.

Im Folgenden gehe ich auf die Feststellungen von Chantal Mouffe über die unterschiedlichen Einfluss von Konflikt und Konsens auf die liberale Demokratie ein. In ihrem Buch „Das demokratische Paradox“ (Mouffe 2000) meint sie, dass „[e]ine gut funktionierende Demokratie den lebhaften Zusammenstoß demokratischer politischer Positionen [erfordert]“, und dass „[z]uviel Betonung auf Konsens und

Zurückweisung von Konfrontation zu Apathie und Entfremdung von politischer Partizipation [führt]“ (Mouffe 2000: 105).

Dirk Jörke (2006: 262) gibt die Antwort auf die Frage, wieso Chantal Mouffe den Konflikt als Grundbedingung der Demokratie sieht:

„Eine ihrer [von Mouffes] Grundprämissen besteht in der Annahme, dass es in einer demokratischen Gesellschaft einen ständigen Kampf um die politisch-kulturelle Hegemonie gibt. Insofern ist der demokratische Raum zutiefst durch Dissens und Antagonismus gekennzeichnet.“

Zusätzlich stellt Chantal Mouffe (2000: 112) fest, dass die Entwicklungen zur Konsenspolitik des Neoliberalismus zu Politik- und Demokratieverdrossenheit sowie weiteren als kritisch zu bewertenden Folgen führen:

„Entfremdung von politischen Parteien setzt ein und entmutigt Partizipation am politischen Prozess. Leider besteht, wie wir in vielen Ländern zu beobachten begonnen haben, das Ergebnis nicht in einer reiferen, versöhnten Gesellschaft ohne scharfe Trennungslinien, sondern im Anwachsen anderer kollektiver Identitätsformen entlang religiöser, nationalistischer oder ethnischer Formen der Identifikation.“

Ich stimme dem Inhalt der Theorien zentraler AutorInnen des radikal-demokratischen Diskurses in einem bestimmten Ausmaß zu. Dennoch will ich kritisch anmerken, dass zum Großteil von der liberalen Demokratieform ausgegangen wird beziehungsweise eine liberale Demokratiekonzeption reproduziert wird. Dies geschieht, weil die Bewahrung der liberalen Demokratie und ihrer Grundbedingungen (wie zum Beispiel der Konflikt) vor den Gefahren der Dynamiken des Neoliberalismus (wie zum Beispiel die Konsenspolitik), gefordert wird. Da ich den Anfang der Geschichte der Begrenzung von Demokratie in der Entwicklung liberaler Demokratien sehe, habe ich nicht nur, so wie es verallgemeinert im radikal-demokratischen Diskurs vorgenommen wird, die neoliberale Demokratiekonzeption direkt kritisiert, sondern ebenfalls die liberale Demokratieform an sich.

Doch auch aus einer anderen Perspektive wird die Konzentration auf den Konflikt und Dissens, als Grundbedingung der Demokratie im radikal-demokratischen Diskurs, kritisiert:

„Die entsprechenden Theorien radikaler Demokratie machen also auf einen wichtigen Aspekt demokratischer Verhältnisse aufmerksam – leider kommen sie aber auch selten über diesen Hinweis hinaus, da es ihnen mit ihrer eigenen normativen ‚Dissenstheorie‘ der Demokratie kaum gelingt zu explizieren, warum die Neu- oder Wiederöffnungen politischer Verhältnisse tatsächlich strukturell durch die Dissensorientierung der demokratischen Praxis bedingt sein sollten und warum sie nicht doch eher kontingenten ‚Anstößen‘ von Akteuren oder gar der Selbstkritik gemeinwohlorientierter Bürger an der begrenzten Inklusion Betroffener verdanken.“ (Niederberger 2006: 273)

Ich teile diese Auffassung, dass der Konflikt für die Demokratie eine bedeutungsvolle Rolle spielt, würde sie aber nicht derart in den Mittelpunkt stellen, wie die AutorInnen des radikal-demokratischen Diskurses. Andreas Niederberger (vgl. 2006) bringt außerdem zwei weitere wichtige Punkte in die Diskussion mit ein, nämlich das Gemeinwohl und die Inklusion. Weiters betont er, dass „[d]ie Demokratie das Versprechen bieten [muss], relevante Interessen, Ansprüche und Bedürfnisse tatsächlich zu integrieren und zu deren Berücksichtigung beizutragen“ (Niederberger 2006: 277). Somit fordert er eine Inklusion (vgl. Niederberger 2006: 277). Nach der Meinung von Niederberger kann dies, nicht nur über die Betonung des Dissens stattfinden, sondern unter anderem durch Gerechtigkeit oder Gleichheit „als moralisches Ziel“ (Niederberger 2006: 277).

Ich habe bereits erwähnt, dass dem Gemeinwohl bei einem hoch angelegten Demokratieanspruch eine bedeutende Rolle zugesprochen werden sollte. Im Gegensatz dazu werden im Neoliberalismus Einzelinteressen dem Prinzip des Gemeinwohls übergeordnet. Dabei will ich nicht den Faktor Einzelinteressen ganz ausklammern, da es ja auch im Interesse des Gemeinwohls sein muss, die Interessen einzelner zu berücksichtigen. Mir geht es mehr darum, eine Bedeutungsverschiebung aufzuzeigen, im Bezug auf die zentralen Elemente einer demokratischen Verfasstheit. Die Erklärung warum das Gemeinwohl vor allem für mein Konzept, der radikalen und ursprünglich gedachten Demokratie als

theoretischer Ankerpunkt, nicht vernachlässigt werden darf, wird im Kapitel 2.4 „Athenische Demokratie“ zu finden sein.

Ein zentraler Punkt der radikalen und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption ist, ebenso wie bei Andreas Niederberger (2006), die Inklusion, sprich die Einbeziehung oder der Einschluss. Diese Inklusion kann in meiner radikalen Demokratiekonzeption, einerseits durch das Zustandekommen von Gleichheit, welche durch das Vorhandensein demokratischer und politischer Partizipationsmöglichkeiten im gleichen Maße für alle in einer Gesellschaft lebender Subjekte gewährleistet werden soll²⁹, und andererseits durch das Recht aller BewohnerInnen des betroffenen geographischen Raumes auf die Teilnahme an diesen demokratischen und politischen Partizipationsmöglichkeiten. Diese Auffassung über Demokratie widerspricht natürlich der neoliberalen, da im Neoliberalismus, wie ich in vorangegangenen Kapiteln bereits erläutert habe, die Annäherung an eine absolute Elitenherrschaft als Ziel gesehen wird. Diese zentralen Punkte werden hier nur kurz angeschnitten, da eine ausführliche Darstellung der radikalen und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption erst in Kapitel 2.5 „Radikale Demokratie ursprünglich gedacht und die Forderung nach Revolutionen“ erfolgen wird.

In welchem Zusammenhang der Faktor Gleichheit in den wissenschaftlichen Theorien des radikal-demokratischen Diskurses genannt wird, werde ich nun im nächsten Kapitel darlegen.

3.2 Gleichheit vs. Elitenherrschaft

Am Anfang dieses Kapitels möchte ich nochmals aufzeigen, dass das liberale Paradigma der Begrenzung der Demokratie, durch eingeschränkte Partizipationsmöglichkeiten und stark beschränkte Volkssouveränität, im Neoliberalismus aufgenommen und sogar noch erweitert wird. Diese Erweiterung der Begrenzung der Demokratie findet unter anderem durch die schrittweise Annäherung

²⁹ Die kann auch als Annäherung an eine wahre Volkssouveränität gesehen werden, welche einem radikalen Demokratieanspruch unter anderem genügt.

an die Verwirklichung einer absoluten Elitenherrschaft statt. Der Versuch diese Vorstellung einer Elitenherrschaft durchzusetzen und ihr einen dominanten Status zukommen zulassen, kommt dadurch zustande, weil die wirkungsvolle Partizipation an politischen und demokratischen Entscheidungs- und Willensprozessen nur mehr einer kleinen Gruppe von politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen – neoliberal-eingestellten – Eliten vorbehalten ist (vgl. Lösch 2008: 282-283). Dies ist den Grundsätzen eines radikal-demokratischen Modells, wie Volkssouveränität und Gleichheit, diametral entgegengesetzt, da neoliberale Akteure „klassische Demokratieprinzipien wie Gleichheit oder Selbstbestimmung ablehnen“ (Lösch 2008: 221).

Das radikal-demokratische Prinzip der Gleichheit wird in erster Linie durch wirkungsvolle Partizipationsmöglichkeiten für alle BürgerInnen im allgemeinen Maß gewährleistet. Dadurch wird in Folge auch eine Volkssouveränität überhaupt möglich. Hier zeigt sich, dass die Demokratiebedingungen, wie Partizipation, Gleichheit und Volkssouveränität, eng miteinander zusammenhängen und sich in einem gegenseitigen Wechselspiel befinden. Da die radikal-demokratische Gleichheit durch eine neoliberal-angestrebte Verwirklichung einer absoluten Elitenherrschaft, sprich der Zustand, wo nur mehr elitäre Gruppen wirkungsvoll an Demokratie und Politik partizipieren können, bedroht wird, ist es von höchster Bedeutung, diese Dynamik aufzuzeigen.

Bereits in der Antike war die Gleichheit, eine Grundbedingung der Demokratie (vgl. Vorländer 2010: 13). Der griechische Philosoph Cornelius Castoriadis (1990: 307) erklärt die Bedeutung des Gleichheitsprinzips für die athenische Demokratie in der Antike:

„Die Gleichheit der Bürger ist natürlich eine Gleichheit vor dem Gesetz (isonomia), aber im Grunde ist sie viel mehr als das, besteht sie aus der allgemeinen aktiven Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten.“

Im Kapitel 3.4 „Athenische Demokratie“ werde ich erläutern, wieso diese Gleichheitsidee für meine radikale und ursprünglich gedachte Demokratiekonzeption einen konstruktiven Beitrag geleistet hat und eine Charakterisierung dieses Prinzips vornehmen.

Auch VertreterInnen des radikal-demokratischen Diskurses betonen neben der zentralen Bedeutung des Konflikts für liberale Demokratien die Gleichheit als gewichtiges Prinzip, wobei im Allgemeinen mehr die Forderung nach mehr Gleichheit (vgl. Heil/Hetzel 2006b: 8) als die Anerkennung dieses Prinzips als mindestens genauso zentrale Grundbedingung für Demokratie, wie das Prinzip des Konflikts, im Mittelpunkt steht.

Unter anderem kritisiert Derrida, dass die Mitglieder der Vereinten Nationen nicht im gleichen Maße Rechte haben, um am Entscheidungsprozess teilzunehmen, auf Grund der Vormachtstellung des Sicherheitsrats (Heil/Hetzel 2006b: 12). In diesem Zusammenhang fordert er eine „weltweite internationale, zwischenstaatliche und vor allem überstaatliche Demokratisierung“ (Derrida 2003: 115). Dies entspricht innerhalb des beschriebenen Bezugsrahmens einer Forderung nach Gleichheit.

Ebenso erkennt Chantal Mouffe (2000: 20) den Grundsatz der Gleichheit als ein wichtiges Element unter anderen in liberalen Demokratien an:

„Auf der einen Seite haben wir die liberale Tradition, die von Rechtstaatlichkeit, der Verteidigung der Menschenrechte und dem Respekt vor individueller Freiheit gekennzeichnet ist, auf der anderen die demokratische Tradition, deren Hauptideen jene der Gleichheit, der Identität zwischen Regierenden und Regierten und der Volkssouveränität sind.“

Hier würde ich – im Rahmen meiner radikalen und ursprünglich gedachten Demokratie – kritisieren, dass nicht die Vorstellung von Gleichheit im Mittelpunkt der Konzeption steht, sondern der Konflikt zwischen demokratischer Gleichheit und liberaler Freiheit (vgl. Mouffe 2000: 22), da somit die ursprüngliche Bedeutung des Demokratiebegriffes verloren geht³⁰. Dennoch wird das Prinzip der Gleichheit in den Forderungen von Mouffe zentral, in dem sie sich für die „Ausarbeitung eines neuen hegemonialen Projekts, das den Kampf für Gleichheit wieder auf die Agenda setzt“, (Mouffe 2000: 119) – seitens der Linken – ausspricht.

Insgesamt ist festzuhalten, dass aus einer verallgemeinernden Perspektive die meisten VertreterInnen des radikal-demokratischen Diskurses zwar die Bedeutungszunahme von Gleichheit als demokratisches Prinzip fordern, aber

³⁰ Mehr dazu im Kapitel 3.4 „Athenische Demokratie“.

gleichzeitig nicht als das zentrale Element beziehungsweise als die zentrale Grundbedingung von Demokratie festmachen. Die Gleichheit wird im Rahmen dieses Diskurses eher als wichtiges Prinzip unter anderen, wie zum Beispiel die liberale Freiheit oder Konfliktbeschaffenheit, dargestellt. Dies lässt sich dadurch erklären, dass der Anspruch des radikal-demokratischen Diskurses zum Großteil darin besteht, die liberale Demokratieform zu erhalten oder zu radikalisieren und nicht eine – in der Moderne – ganz neue Alternative aufzuzeigen.

3.3 Kritik am radikal-demokratischen Diskurs

In diesem Kapitel möchte ich nun die Kritik verschiedener AutorInnen am radikal-demokratischen Diskurs darstellen und in Folge im Bezug zu meiner eigenen kritischen Reflexion über den genannten Diskurs setzen.

Deswegen möchte ich gleich einleitend ein Zitat von Dirk Jörke (2006: 265), der in seinem Beitrag „Wie demokratisch sind Radikale Demokratietheorien?“ sich kritisch mit dem Diskurs beschäftigt, in den diskursiven Raum meiner Diplomarbeit stellen:

„Zum einen – und dies gilt vornehmlich für Derrida, mit Abstrichen auch für Laclau/Mouffe – sind [die radikalen Demokratietheorien] in einer Sprache formuliert, die nur für wenige Experten verständlich ist. Zum anderen prallen die ethische Forderung von Derrida und Laclau/Mouffe an der Lebenswirklichkeit gerade der so genannten Modernisierungsverlierer ab. Sie spiegeln, etwas überspitzt formuliert, die Erfahrung und moralischen Ziele junger Akademiker wider, nicht jedoch derjenigen, in deren Namen gesprochen wird.“

In diesem Zusammenhang muss ich mir die Frage stellen, ob meine Theoriebildung in dieser Arbeit auch von dieser Kritik betroffen ist. Ich denke, dass dies zum Teil der Fall ist, da allein die Verwendung der akademischen Sprache und der Einsatz abstrakter Theorien für die meisten Menschen schwer nachvollziehbar ist. Dennoch besteht durch eine Konzentration der wissenschaftlichen Forschung auf die, in der Gesellschaft dominanten, Konzeptionen – wie in meiner Diplomarbeit – ein naher Bezug zu der Alltagswelt der Betroffenen, da auf diese Weise die Bedeutung der

einzelnen Subjekte in einer Gesellschaft, auf Grund deren Auffassungen über bestimmte Begriffe, anerkannt wird. Dessen ungeachtet ist es eindeutig, dass wissenschaftliche Abhandlungen den Diskurs in der Gesellschaft stark prägt³¹, wodurch die Behandlung der unterschiedlichen Theorien zentraler AutorInnen bestimmter Diskurse notwendig ist, um spezifische Fragestellungen zu beantworten. Jörke würde diese wissenschaftliche Arbeitsweise in der Demokratietheorie vermutlich als einen rein akademischen Diskurs kritisieren (vgl. Jörke 2006). Diese Kritik wäre zum Teil verständlich, da ein derartiger Diskurs nur unter einer elitären Gruppe von Intellektuellen stattfindet. Dies wiederum widerspricht dem demokratischen Grundprinzip der Gleichheit. Somit kann eine derartige Forschungsarbeit in diesem Sinn als „Demokratietheorie ohne Demokratie“ (Jörke 2006: 260) bezeichnet werden.

Weiters kritisiert Jörke (2006: 264) die „philosophische Diskussion, die mit einem scheinradikalen Gestus auftritt, hinsichtlich der konkreten Umsetzbarkeit ihrer Theorie aber mehr als vage bleibt“. An dieser Stelle muss ich mir eingestehen, dass dieser Vorwurf meine hier betriebene Sozialwissenschaft direkt betrifft, da ich mich nur selten aus dem rein abstrakt-theoretischen Rahmen hinauswage und abstrakte Lösungsvorschläge höchstens andeute. Allerdings besteht mein Anspruch mehr darin, die dominante Demokratiekonzeption aufzudecken und die Theorie einer radikalen Demokratiekonzeption in diesem Prozess der kritischen Reflexion zu entwickeln.

Chantal Mouffe und ihre radikale Demokratietheorie ist von einer derartigen Kritik³² ebenso betroffen:

„Ihre [Chantal Mouffes] Ausführungen bleiben zu abstrakt und allgemein. Sie tragen wenig dazu bei, die Permanenz von bestimmten Unterdrückungsverhältnissen, also etwa des Ausschlusses von Minderheiten von der demokratischen Selbstbestimmung, zu erklären.“ (Jörke 2004: 181)

³¹ Beleg dafür ist der Einfluss der neoliberalen Demokratiekonzeption auf das System von Demokratien. Diese Konzeption hat sich in akademischen Diskursen neoliberaler TheoretikerInnen entwickelt.

³² Kritik daran, dass sich die radikale Demokratietheorie zu wenig auf das Alltagsleben der Betroffenen bezieht und in einer zu abstrakten und streng wissenschaftlichen Sprache verfasst ist.

Obwohl mein Ansatz sich in Bezug auf Abstraktheit und Allgemeinheit ähnlich kritisieren lässt, werde ich im Gegensatz zu Mouffe in Kapitel 3.5 „Radikale Demokratie ursprünglich gedacht und die Forderung nach Revolution“ die Inklusion von Subjekten einer Gesellschaft am demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess beziehungsweise die Notwendigkeit eines grundlegenden Rechtes auf Partizipation in der Demokratie thematisch in den Vordergrund stellen.

Reinhard Heil (2006: 238-239) erfasst die Dynamik des Problems, dass „Demokratietheorien sich immer vor das Problem gestellt [sehen], dass sie auf der einen Seite dem Stand der Theorie gerecht werden müssen, das auf der anderen Seite aber oftmals von ihnen verlangt wird, sie müssen sich (a) direkt in der Praxis umsetzen lassen und (b) jedermann verständlich sein“. In Folge betont Heil (2006: 238-239) jedoch, dass Demokratietheorien „weder den Politikern, noch gar den Wählern, irgendwelche Entscheidungen abnehmen; sehr wohl sie aber den Blick für die Probleme demokratischer Gesellschaften schärfen [können]“. Dies scheint mir eine vernünftige Einstellung zu der beschriebenen Problematik zu sein.

Die Kritik von Andreas Niederberger an der radikal-demokratischen Theorie als „normative ‚Dissenstheorie‘“ (Niederberger 2006: 273), habe ich bereits im Kapitel 3.1 „Konflikt vs. Konsens“ behandelt. Deswegen werde ich jetzt den nächsten Kritikpunkt am radikal-demokratischen Diskurs beschreiben. Nämlich die Reproduktion der liberalen Demokratiekonzeption. Dies lässt sich vor allem gut in den Theorien von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau ausmachen.

Mouffe ist der Meinung, dass „es für eine postmarxistische Linke durchaus möglich und erforderlich [ist], die Prinzipien der liberalen Demokratie zu bejahen“ (Jörke 2004: 173). In Folge „wird von ihr viel mehr eine Fortentwicklung und Radikalisierung der modernen demokratischen Tradition [gefordert]“ (Jörke 2004: 174). Diese moderne Tradition der Demokratiekonzeption entspricht logischerweise der liberalen Demokratiekonzeption. Hierbei lässt sich ein bedeutender Punkt für meine Kritik am radikal-demokratischen Diskurs feststellen, da ich in den vorangegangenen Kapiteln nicht nur die neoliberale Demokratiekonzeption sondern auch die liberale als antidemokratisch kritisiert habe. Für eine derartige Kritik muss natürlich von einem radikalen Demokratieanspruch, der von Grund auf durch die Prinzipien der Gleichheit und Partizipation bedingt ist, ausgegangen werden. Somit ist es notwendig den

Begriff Demokratie grundsätzlich neu zu konzipieren, um einem hohen Demokratieanspruch gerecht zu werden.

Ein weiterer Teilnehmer am radikal-demokratischen Diskurs, der in seinen Theorien die liberale Demokratiekonzeption reproduziert, ist Ernesto Laclau, da er „nach einem normativen Potential, auf das sich eine im weitesten Sinn ‚linke‘ Politik heute noch berufen könne [sucht]“ und „dieses Potential im Konzept der liberalen Demokratie [findet]“ (Hetzl 2004: 187).

Ich habe bereits in dieser Diplomarbeit detailliert erklärt, dass bereits in der liberalen Demokratiekonzeption die Begrenzung von Partizipation und Politikfelder eine zentrale Position einnimmt. Infolgedessen beginnt die Geschichte der Begrenzung der Demokratie mit der Entwicklung liberaler Demokratien in der Moderne. Deswegen erscheint es mir paradox, dass AutorInnen, wie zum Beispiel Chantal Mouffe oder Ernesto Laclau, zwar einerseits ein Mehr an Demokratie fordern, aber andererseits die Grundbedingungen der liberalen Demokratieform als Ankerpunkt für eine radikale Demokratietheorie sehen.

Insgesamt konnte ich bei der Arbeit an diesem Kapitel feststellen, dass die Kritik von Dirk Jörke an der Verfasstheit des radikal-demokratischen Diskurses meinen eigenen Vorstellungen am nächsten kommt, da Jörke einen direkten Weg zum „demokratischen Grundimpuls“ (Jörke 2006: 255), nämlich der „egalitären Partizipation der Bürger“ (Jörke 2006: 255) in den radikalen Demokratietheorien fordert. Dies gleicht meiner Forderung, das demokratische Gleichheitsprinzip in der Form von wirkungsvollen Partizipationsmöglichkeiten aller Subjekte einer Gesellschaft im gleichen Maße in der Theorie in den Mittelpunkt zu stellen.

Reinhard Heil (2006: 242) fasst die Kritik des slowenischen Philosophen Slavoj Žižek am radikal-demokratischen Diskurs und vor allem an der Theorie von Ernesto Laclau gut zusammen:

„Der Diskurs der radikalen Demokratie kranke wie die meisten ‚postmodernen‘ Theorien daran, dass sie zwar sehr effektiv immer weitere gesellschaftliche Bereiche ‚repolitisiere‘, diese Repolitisierung aber mit einer Entpolitisierung der ökonomischen Grundordnungen des Kapitalismus, bezahle und damit einen zu hohen Preis entrichte.“

Diese Dynamik wird durch die Reproduktion liberaler Denkmuster, wie eben die liberale Demokratiekonzeption, unterstützt, da der Kapitalismus die Wirtschaftsordnung der liberalen Demokratien ist. Weitere Theorien und allgemeine Kritikpunkte von Slavoj Žižek werden im Kapitel 3.5 „Radikale Demokratie ursprünglich gedacht und die Forderung nach Revolution“ noch eine große Rolle spielen.

3.4 Athenische Demokratie

Einleitend möchte ich anmerken, dass der Einsatz der athenischen Demokratie in der Antike als Bezug für eine aktuelle radikale Demokratiekonzeption zwar rückständig erscheint, aber dass mir bei der Lektüre der zentralen Werke des radikal-demokratischen Diskurses aufgefallen ist, dass diese ursprüngliche Idee von Demokratie beziehungsweise die unverwirklichte demokratische Idealform in ihrer ideellen Gesamtheit nur noch selten aufgegriffen wird. Aber nicht nur im radikal-demokratischen Diskurs, sondern generell wird die Bedeutung der athenischen Demokratie unterminiert:

„Angesichts der Bedeutung der demokratischen Staatsform im 19. und 20. Jahrhundert ist man indessen eher erstaunt über die relativ wenigen Versuche, diese auf den Hintergrund des griechischen Urbildes zu sehen.“ (Bleicken 1985: 305)

Auf diesen Missstand will ich aufmerksam machen. Außerdem werde ich in Folge zeigen, dass die athenische Ursprungsform der Demokratie³³ sich von Grund auf gegensätzlich zu der neoliberalen und liberalen Demokratiekonzeption verhält.

Hans Vorländer (2010: 32) fasst die wichtigsten Elemente der athenischen Demokratie, welche den Maßstab für einen hohen Demokratieanspruch legt, zusammen:

³³ Die athenische Demokratiekonzeption kann als Ursprungsform der Demokratie bezeichnet werden, da „[d]ie Demokratie von den Athenern erfunden [wurde]“ (Vorländer 2010: 9).

„Jeder Bürger war berechtigt, an der Volksversammlung teilzunehmen. Diäten ermöglichten die Teilnahme und die Übernahme von Ämtern auch für jene, die es sich sonst nicht hätten leisten können. Jeder Bürger hatte das Recht und die tatsächliche Möglichkeit, in der Volksversammlung das Wort zu ergreifen.“

„Die Einbeziehung der großen Zahl der Bürger, die Losung, der jährliche Wechsel in den Ämtern, das strenge Verfahren der Rechenschaftsablegung und der Kontrolle, die antizipierende Abwehr von Demagogie und Massenhysterie durch zusätzliche, gerichtliche Prüfungsverfahren [...] – das waren alles institutionelle Stabilisatoren einer sehr weitreichenden Herrschaft des Demos.“

Die Charakterisierung der athenischen Demokratie in diesem Zitat schafft einen guten Überblick zu dem Inhalt dieses Kapitels. In Folge werde ich nun auf bestimmte Teilaspekte genauer eingehen. Vorher möchte ich Ähnlichkeiten der athenischen Demokratiekonzeption zu den Reflexionen radikal-demokratischer AutorInnen erläutern.

Zum Beispiel erwähnt Andreas Hetzel (2006: 25), dass „antike Rhetoriker zu einem radikalen Demokratieverständnis [tendieren]“ und „das Politische als Medium einer sich über agonale Reden vollziehende Selbstinstitutionierung der Gesellschaft [begreifen]“. Das „agonistische Element“ scheint in der griechischen Antike einen wichtigen Einfluss zu haben (vgl. Castoriadis 1990: 302). In der Einführung zum Hauptkapitel 3 „Radikal-demokratischer Diskurs“ habe ich bereits verdeutlicht, dass der demokratische Agon und der Antagonismus für viele VertreterInnen des radikal-demokratischen Diskurses maßgeblich für Demokratie und Gesellschaft sind. Konkret wird der Zusammenhang verdeutlicht, durch die Meinung von Jacques Rancière, nach dem „[d]as politische zum ersten Mal im antiken Griechenland auf[tritt], als der Demos (diejenigen ohne Anteil, ohne Platz in der Gesellschaft) nicht nur forderte, dass er gehört und ihm ein Platz in der bestehenden Gesellschaft angewiesen werde, sondern für sich beansprucht, der Vertreter der gesamten Gesellschaft zu sein“ (Heil 2004: 245).

Weiters erkennt Castoriadis (1990: 305-306), dass „[d]as Wesen dessen, das in das politische Leben des antiken Griechenland den Ursprungskeim einschleppte, ganz gewiß der instituierende historische Prozeß [ist]: Aktivitäten und Kämpfe in Verbindung mit den Veränderungen der Institutionen, die explizite Selbst-Institution (auch wenn sie partiell bleibt) der polis als permanenter Prozeß“. Dies entspricht der

generellen Ansicht des radikal-demokratischen Diskurses, dass die Demokratie ein dynamischer Prozess ist, der nie seinen Abschluss findet.

Nun möchte ich auf die zwei demokratische Prinzipien „Gleichheit“ und „Gemeinwohl“ eingehen, die sowohl für meine radikal und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption, als auch für die athenische Demokratieform von Bedeutung sind. Cornelius Castoriadis (1990: 307) beschreibt das Element der Gleichheit in der athenischen Demokratie:

„Die Gleichheit der Bürger ist natürlich eine Gleichheit vor dem Gesetz (isonomia), aber im Grunde ist sie viel mehr als das, besteht sie aus der allgemeinen aktiven Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten.“

„Die Teilhabe wird konkret umgesetzt in der ekklesia, der Volksversammlung, die ein betriebsamer souveräner Körper ist. Alle Bürger haben das Recht, das Wort zu ergreifen (isegoria), jede Stimme hat gleiches Gewicht (isopsephia), und auf allen lastet der moralische Druck, völlig frei zu reden (parrhesia).“

Neben der Volksversammlung gibt es in der athenischen Demokratie der Antike den Rat, als „diejenige Behörde, welche die Volksversammlung, und das heißt den Souverän, funktionsfähig machen soll“ (Bleicken 1985: 120). In Folge wird vom Rat „[d]ie demokratische Willensbildung [...] eingeleitet und koordiniert“ (Bleicken 1985: 121). Außerdem gibt es einen „täglich wechselnde[n] Vorsitzende[n]“ (Bleicken 1985: 121) und „alle Ratsmitglieder aus den Kandidaten, die sich meldeten, [wurden] erlost“ (Bleicken 1985: 122). Somit wurde durch ständig neue Vorsitzende und durch den Einsatz des Losungsverfahrens im gewissen Maß eine egalitäre Partizipation in der Demokratie ermöglicht (vgl. Vorländer 2010: 22). Alles in allem spielte das Losverfahren zur Ermöglichung des demokratischen Gleichheitsprinzips im antiken Athen eine bedeutende Rolle:

„Zur Idee der Demokratie gehörte es, dass ein jeder Bürger als befähigt erachtet werden konnte, ein Amt zu bekleiden. Deshalb galt für die Ämterordnung auch das Prinzip der Bestimmung durch das Los, der strikten zeitlichen Begrenzung und der lückenlosen Ämterkontrolle und Rechenschaftsablegung. Das Amt wurde durch Los besetzt, nur wenige herausgehobene Ämter, die besondere Kenntnisse erforderten, wie etwa Finanzverwaltung, Städtebau, Wasserversorgung und das Amt der Strategen (militärische Befehlshaber), die

vor allem für die äußere Sicherheit und die Kriegsführung zuständig waren, wurden gewählt.“ (Vorländer 2010: 23)

Dies zeigt, dass in der Antike dem Losverfahren insgesamt eine größere Bedeutung als dem Wahlverfahren zugesprochen wurde. Interessanter Weise ist „Erlosung für heutige demokratische Systeme nahezu völlig unbekannt“ (Vorländer 2010: 23). Somit offenbart sich, dass eine neoliberale Demokratiekonzeption, die es auf die Beschränkung der egalitären Partizipation im Rahmen der schrittweisen Verwirklichung einer absoluten Elitenherrschaft und der Konzentration auf die Wahl von RepräsentantInnen als demokratisches Prinzip, einem radikalen Demokratieanspruch, der sich der ursprünglich gedachten Form von Demokratie verpflichtet fühlt, in keiner Weise genügt. Castoriadis erkennt (1990: 308), „daß die Repräsentation für die Demokratie ein fremdes Prinzip darstellt“. Dies zeigt sich alleine darin, dass „[d]ie – moderne – Spaltung zwischen Regierenden und Regierten, zumeist auch verstärkt durch räumliche Distanz und institutionelle Repräsentanz, der athenischen Demokratie fremd [war]“ (Vorländer 2010: 32). Die Anerkennung der Wahl von RepräsentantInnen als demokratisches Prinzip ist in der Gegenwart lediglich durch den prägenden Einfluss der liberalen Demokratiekonzeption zustande gekommen. Dieser Teil der liberalen Demokratiekonzeption wird, wie bereits erwähnt, in der neoliberalen Demokratiekonzeption mit aufgenommen.

Eine weitere wichtige Grundbedingung der athenischen Demokratie ist die Achtung des Gemeinwohls in dem demokratischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozess, da „[d]as echte Interesse für die anderen bei den Griechen geboren [wurde]“ (Castoriadis 1990: 299). Diese Voraussetzung widerspricht nicht nur einer neoliberalen und liberalen Demokratiekonzeption vollkommen, in welcher der konkurrierende Wettstreit zwischen Einzel- und Gruppeninteressen im Vordergrund steht und die Frage nach dem Nutzen für das Gemeinwesen in demokratischen Verhandlungen nicht gestellt wird, sondern ermöglicht auch die Verwirklichung basisdemokratischer Ideen, da die Interessen anderer ebenbürtig beachtet werden.

Im Bezug dazu, fasst Helmut Friessner (2006: 234) den Zusammenhang von Partizipation und Achtung des Gemeinwohls in der Antike zusammen: „Im Zentrum stand als Realisierung von Freiheit die aktive Teilhabe am Gemeinwoh [...].“ Hierbei

zeigt sich, dass der Freiheitsbegriff im antiken Athen mit dem negativen Freiheitsbegriff des Liberalismus und Neoliberalismus, welchen ich in Kapitel 2.4 „Freiheitsbegriff“ beschrieben habe, nicht kompatibel ist, da unter anderem die freie Rede als Recht definiert wurde (vgl. Castoriadis 1990: 314-315) und „[d]er antike Freiheitsbegriff die politische Partizipation zu einer Pflicht [machte]“ (Vorländer 2010: 28). Im Gegensatz dazu geht es beim liberalen Freiheitsbegriff, um „persönliche Unabhängigkeit des Einzelnen und die Garantie seiner individuellen Rechte“ (Vorländer 2010: 28).

Hannah Arendt verstand die Dynamik, welche indirekt die Frage nach dem Gemeinwohl als wichtigen Faktor von Politik und Demokratie unterminiert (vgl. Castoriadis 1990: 313):

„Sie erkannte richtig, daß die Politik kaputt gemacht wurde, weil sie zum Feigenblatt für den Kampf und die Wahrung der eigenen ‚Interessen‘ verkam und weil der politische Raum hoffnungslos zersplittert war.“ (Castoriadis 1990: 313)

Somit kann im Ganzen festgehalten werden, dass dem Gemeinwohl ebenso wie dem Prinzip der egalitären Partizipation bei einem radikal angelegten und ursprünglich gedachten Demokratieanspruch maßgeblich sind. Dabei will ich nicht den Faktor Einzel- und Gruppeninteressen ganz ausschließen, da es ja auch im Interesse des Gemeinwohls sein muss, die Interessen Einzelner zu berücksichtigen. Mir geht es mehr darum, eine Bedeutungsverschiebung aufzuzeigen, im Bezug auf die zentralen Elemente einer demokratischen Verfasstheit.

Zusätzlich betont Castoriadis (1990: 314), dass „[d]ie allgemeine Teilhabe an der Politik [in der athenischen Demokratie] zum ersten Mal in der Geschichte die Schaffung eines öffentlichen Raumes [implizierte]“. Im Gegensatz dazu wird in der liberalen und folglich in der neoliberalen Demokratiekonzeption der öffentliche Raum, in dem Politik eigentlich stattfinden sollte, durch die Begrenzung von Partizipation und Politikfelder, immer mehr verkleinert und verliert an Bedeutung. Auch das liberale Paradigma des Rückzugs ins Private aus dem öffentlichen Raum heraus spielt in diesem Zusammenhang zu bedenken.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass in der athenischen Demokratie „durch die Einführung von Diäten, von Tagesgeldern als Ausgleich für den Verdienstausschlag, die

Partizipationsmöglichkeit auch der einfachen Bürger sichergestellt [wurde]“ (Vorländer 2010: 19). In diesem Zusammenhang, den ich im nächsten Absatz erklären werde, beschreibt Hans Vorländer (2010: 32) eine bemerkenswerte Dynamik der Demokratie im antiken Athen:

„Der Bürger wurde für kompetent gehalten, in allen öffentlichen Angelegenheiten zu beraten, zu entscheiden und Ämter auszuführen. Das galt gleichermaßen für die Volksversammlung, wie auch für die Ämter und die Geschworenengerichte. Erziehung, Kultvereine, das Gymnasium und auch die Tätigkeit in der Volksversammlung schufen einen gemeinsamen Kosmos an Vorstellungen über die politische Lebenswelt, in der die politische Tätigkeit als ein Wert an sich angesehen wurde.“

Durch diese Maßnahmen, zu denen neben der Einführung der Tagesgelder auch die egalitäre Partizipation an sich gehört, und der beschriebenen Dynamik wurde die Entwicklung einer Politik- und Demokratieverdrossenheit, wie sie in den modernen Demokratien vorherrschend ist, verhindert. Wie bereits beschrieben, kommt diese Politik- und Demokratieverdrossenheit durch die neoliberale Demokratiekonzeption, in der – genau gegenteilig zu dem Konzept der athenischen Demokratie – Partizipation an Politik und Demokratie stark begrenzt wird, zustande.

Nun werden zwei Kritikpunkte an der Verwendung der athenischen Demokratie in der Antike für eine radikale Demokratiekonzeption, welche sich auf die aktuelle Situation in der Moderne bezieht, aufgezählt. Nämlich der Einwurf, dass sich die Ideen der athenischen Demokratie heutzutage auf Grund der Größe der verschiedenen Staaten und der Anzahl der jeweiligen StaatsbürgerInnen nicht verwirklichen lassen, und die Kritik, dass in der athenischen Demokratie nur eine begrenzte Anzahl von in der Gesellschaft lebender Subjekte am demokratischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozess teilnehmen konnte. Chantal Mouffe (2000: 19) erkennt die Problematik des erst genannten Kritikpunkt ebenso:

„Für manche besteht der Hauptunterschied zur antiken Demokratie in der Tatsache, dass in größeren und komplexeren Gesellschaften direkte Formen demokratischer Herrschaft nicht länger möglich sind; aus diesem Grund müssten moderne Demokratien repräsentativ sein.“

Ich muss eingestehen, dass dieses Argument einen logischen Charakter hat. Dennoch stellt dies für mich keine Begründung dafür dar, die Ideen und Grundbedingungen der athenischen Demokratie in der kritischen Reflexion über dominante Demokratiekonzeption ins Abseits zu stellen. Ich denke, dass es notwendig ist, trotz der beschriebenen Problematik, über Elemente der athenischen Demokratie zu reflektieren. Vor allem, da sich die neoliberale Demokratiekonzeption von Grund auf gegensätzlich zu den Prinzipien der athenischen Demokratie verhält. Dies zeigt, dass einem radikalen Demokratieanspruch, welcher ursprünglich gedacht seine Grundlagen, wie zum Beispiel die egalitäre Partizipation, aus den Vorstellungen des antiken Athens bezieht, wenig Bedeutung zugesprochen wird. In diesem Sinn ist allein die Verwendung des Demokratiebegriffs für die Beschreibung moderner Demokratien, welche in Diskurs und System von der neoliberalen Demokratiekonzeption am stärksten geprägt sind, paradox. In meiner Diplomarbeit geht es mir unter anderem darum, diesen Missstand aufzuzeigen.

Der zweite Kritikpunkt liegt in dem „Ausschluß der Frauen, der Fremden und Sklaven vom Bürgertum“ (Castoriadis 1990: 306), da nur Bürger Athens dazu berechtigt waren, an demokratischen Prozessen zu partizipieren und im „Vollbesitz politischer Rechte“ (Vorländer 2010: 34) waren. Hierzu möchte ich anmerken, dass dieser Ausschluss in der Praxis im Rahmen einer radikalen Demokratietheorie im Bezug auf die Moderne begrifflich wegzudenken ist (vgl. Bleicken 1985: 282). Mir geht es mehr, um die Idee der athenischen Demokratie in ihrer abstrakten Form, welche die egalitäre Partizipation in den Mittelpunkt stellt. Darin besteht der Zusammenhang zu meiner radikalen Demokratiekonzeption, welche ich daher als ursprünglich gedachte bezeichne. Als weiterer theoretischer Ankerpunkt dieser Konzeption muss als Abgrenzung zu dem betriebenen Ausschluss im antiken Athen die Forderung nach dem Recht auf politische und demokratische Partizipation – im Rahmen einer Inklusion – für alle in einer Gesellschaft lebende Subjekte verdeutlicht werden.

Im Bezug dazu muss betont werden, dass „[d]ie Demokratie Athens sich durch ein Maß an Bürgerbeteiligung aus[zeichnete], das seitdem kaum wieder erreicht worden ist“ (Vorländer 2010:14). Ich würde noch weiter gehen und meinen, dass eine derartig radikale Idee von Demokratie, welche die absolute Verwirklichung von Gleichheit und Volkssouveränität über egalitäre Partizipationsmöglichkeiten, anstrebt, historisch noch nie eine dominante Position als Demokratiesystem eingenommen hat. Diese „Idee radikaler Demokratie“ war selbst „an keinem Ort in der Antike

vollständig verwirklicht, als Horizont oder Denkmöglichkeit allerdings sehr wohl wirksam“ (Hetzl 2006: 40). Deswegen geht es mir auch darum aufzuzeigen, dass allein die Idee einer radikal und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption, als Alternative zu der dominanten neoliberalen Demokratiekonzeption, im Rahmen einer Forderung nach einer neuen und noch nie verwirklichten Demokratieform, nicht von Anfang an aus der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussion ausgeschlossen werden sollte. An diese Vorstellung werde ich jetzt im nächsten Kapitel anschließen.

3.5 Radikale Demokratie ursprünglich gedacht und die Forderung nach Revolution

Einleitend möchte ich verdeutlichen, dass ich mir darüber bewusst bin, in vorherigen Kapiteln des Öfteren einen liberalen oder auch teilweise neoliberalen Demokratiebegriffs – auf Grund meiner Arbeitsweise beziehungsweise durch die alleinige Verwendung dieser spezifischen Konzeption als Bezeichnung für Demokratie an sich – selbst reproduziert habe. Dies lässt sich dadurch erklären, dass sich die zentralen Grundaspekte der radikalen und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption erst während des Arbeitsprozesses an den vorherigen Kapiteln schrittweise entwickelt haben und erst in diesem Kapitel konkret ausformuliert vorzufinden sind.

Nachdem ich im Kapitel 3.4 „Athenische Demokratie“ eine Ähnlichkeit zwischen meiner radikalen Demokratiekonzeption und der Konzeption des antiken Athens, in der Hervorhebung der Bedeutung von egalitärer Partizipation als wahre Volkssouveränität gefunden habe, konnte ich den Zusatz „ursprünglich gedacht“ als weiteres Adjektiv neben „radikal“ vor die in dieser Diplomarbeit entwickelte Demokratiekonzeption stellen. Die Radikalität dieser Konzeption wird somit dadurch bedingt, dass sich ihr theoretischer Ankerpunkt in den Ideen der demokratischen Ursprungsform im antiken Athen, ausmachen lässt. Neben diesem Aspekt und der Beachtung des Gemeinwohls als demokratisches Prinzip, gibt es noch zwei weitere Faktoren, welche die Radikalität dieser spezifischen Demokratiekonzeption

bestimmen. Nämlich die Forderung nach Revolution und die Forderung jedem Subjekt einer demokratischen Gesellschaft das Recht auf egalitäre Partizipationsmöglichkeiten an demokratischen- und politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen zuzugestehen.

In der Forderung nach dem allgemeinen Partizipationsrecht als Grundbedingung für eine radikal und ursprünglich gedachte Demokratie, geht es darum, dass nicht nur StaatsbürgerInnen der jeweiligen Nationen die Möglichkeit haben an Demokratie und Politik zu partizipieren, sondern alle Subjekte, welche akut Mitglieder der betroffenen Gesellschaft oder BewohnerInnen des betroffenen geographischen Gebietes sind. Es ist notwendig, ein derartiges Recht einzufordern, da zum Beispiel Staatenlose und MigrantInnen in neoliberalen Demokratien noch weniger oder gar keine Möglichkeiten haben, an Politik und Demokratie zu partizipieren. Auch Derrida fordert in seinem Konzept die Aufhebung des Ausschlusses von Subjekten in einer demokratischen Gesellschaft:

„Wenn Derrida von einer ‚kommenden Demokratie‘ spricht, dann meint er damit eine globale Demokratie ohne Ausnahme, eine Demokratie, in der nicht länger zwischen Brüdern und Gleichen einerseits und Schurken, schlechten Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern andererseits unterschieden werden könnte.“ (Heil/Hetzel 2006b: 12)

Aber nicht nur die Einführung dieses Rechts, sondern ebenfalls die Unbeschränktheit der Partizipation steht bei dieser Einforderung im Mittelpunkt, sprich die Dynamik muss sich gegensätzlich zu der neoliberalen Begrenzung von egalitärer Partizipation und Politikfeldern verhalten, um einem radikalen und ursprünglich gedachten Demokratieanspruch gerecht zu werden. Weiters ist zu erwähnen, dass es in diesem Zusammenhang nicht nur um das allgemeine Recht auf egalitäre Partizipation geht. Auch die Pflicht aller Subjekte einer Gesellschaft dieses Recht zu achten, wäre eine notwendige Grundbedingung, um die Funktionsfähigkeit dieser abstrakten Idee von Demokratie zu gewährleisten. Während bei der neoliberalen Demokratiekonzeption im Bezug auf egalitäre Partizipation Ausschluss und Begrenzung im Mittelpunkt stehen, betont die radikal und ursprünglich gedachte Konzeption die Inklusion und Unbeschränktheit.

Die Forderung nach Revolution enthält die Vorstellung, dass der Reflexion über radikale Alternativen im Bezug auf dominante Demokratiekonzeptionen und – Systeme im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs keine Barrieren gesetzt werden dürfen. In dieser Forderung lassen sich Parallelen zu Slavoj Žižeks Demokratietheorie finden:

„Liest man Žižek, so hat man das Gefühl, dass wirklich nichts außer einer radikalen Verwerfung des Bestehenden Sinn macht.“ (Heil 2006: 250)

„Mag Žižek noch so polemisch in seiner Argumentation sein und die Idee der Hegemonie vielleicht sogar verfehlen, so legt er meines Erachtens doch einen Finger in eine offene Wunde: Wir denken nicht einmal mehr ernsthaft darüber nach, wie es anders sein könnte.“ (Heil 2006: 250)

Ähnlich wie in meiner Argumentation, betont Žižek, „dass es möglich ist über das Bestehende hinaus alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsformen jenseits der liberalen Demokratien westlicher Prägung und dem Neoliberalismus zu denken“ (Heil 2006: 250). Weiters erkennt Slavoj Žižek, dass in liberalen Demokratien die Warnung vor der Gefahr des Totalitarismus eingesetzt wird, um alternative und radikale Gegenkonzepte zu unterminieren:

„Für die Linke gäbe es [nach Žižek] lediglich zwei Möglichkeiten: Sie kann zum einen den vorherrschenden liberal-demokratischen Horizont anerkennen [...] oder zum anderen die Abweisung der liberalen Erpressung, die alle Aussicht auf radikalen Wandel als in den Totalitarismus führend desavouiert, riskieren.“ (Heil 2004: 233)

„Neben der schleichenden Entpolitisierung der Ökonomie macht Žižek darauf aufmerksam, dass es heute kaum mehr möglich ist, überhaupt eine politische Strategie zu vertreten, die auf einen Wandel der Gesellschaftsordnung abzielt. Jede Form radikalen politischen Engagements wird dem Generalverdacht, totalitär zu sein, unterworfen.“ (Heil 2006: 243)

Somit kritisiert Žižek mit seiner Analyse auch den Großteil der AutorInnen des radikal-demokratischen Diskurses, welche die liberale Demokratiekonzeption in ihren Demokratietheorien reproduzieren. Zusätzlich zeigt das Zitat, dass das radikal und ursprünglich gedachte Demokratiekonzept dieser Diplomarbeit vermutlich ebenso,

wegen des neoliberalen Paradigmas der Gefahr durch den Totalitarismus (vgl. Heil 2004: 234), stigmatisiert werden würde.

Grundbedingungen der radikal und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption, wie egalitäre Partizipation an sich und allgemeines Partizipationsrecht im Bezug dazu, ermöglichen theoretisch eine echte Volkssouveränität und eine Verwirklichung des demokratischen Gleichheitsprinzips. Diese Idee von Demokratie positioniert sich nicht nur von Grund auf gegensätzlich zu der neoliberalen Konzeption von Demokratie, sondern wurde als System oder Form von Demokratie historisch noch nie praktisch verwirklicht. Selbst nicht in der demokratischen Ursprungsform im antiken Athen, wobei der Überlegung an sich mehr Beachtung geschenkt wurde als heute (vgl. Hetzel 2006: 40). Daher ist das Postulat für die Verwirklichung der radikalen und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption selbst revolutionär und radikal, ähnlich wie die Forderung von Slavoj Žižek im Bezug auf Demokratie, wobei es auch einen gravierenden Unterschied gibt.

Dieser Unterschied ist darin zu finden, dass „Žižek schlicht nicht daran [glaubt], dass die Demokratie wirklich der Weisheit letzter Schluss ist“ (Heil 2006: 243) und „die Vorstellung, dass sich eine soziale Revolution mittels Wahlen durchführen ließe, als die ‚formalistische‘ Illusion der Demokratie [betrachtet]“ (Heil 2004: 249). Hier lässt sich feststellen, dass Žižek nicht nur die liberale Form, sondern den Begriff Demokratie an sich ins Abseits stellt. Gleichzeitig reproduziert er aber indirekt selbst, den Demokratiebegriff in seiner liberalen Konzeption, da er den Akt der Wahl als demokratisches Prinzip betont, wobei er genau diesen Akt der Reproduktion der liberalen Demokratiekonzeption stark kritisiert. Somit werden in der Theorie von Žižek Unregelmäßigkeiten erkennbar.

Es ist sinnvoll den Begriff „Demokratie“ nicht im Vorhinein zu verwerfen, sondern aufzuzeigen, dass die aktuell dominante neoliberale Demokratiekonzeption einem radikalen und ursprünglich gedachten Demokratieanspruch nicht genügt und in Folge sich dafür einzusetzen, dass der Begriff in diesem Sinn neu und radikal anders definiert wird. Dieser Vorgang kann die Auslösung einer revolutionären Entwicklung, auch im Sinn von Žižek, erleichtern.

Ich bin mir bewusst, dass eine radikale und ursprünglich gedachte Demokratie als konkretes System wahrscheinlich nie vollkommen umgesetzt werden kann, da „Demokratie, in aller Radikalität und ideellen Reinform gedacht, im Augenblick ihrer

materiellen Manifestation ein gutes Stück an Identität und Wahrheit [verliert]“ (Friessner 2006: 233). Trotzdem ist es notwendig, die Freiheit, im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs über radikale Alternativen nachzudenken, zu erhalten, beziehungsweise ist dies eine Notwendigkeit, um revolutionäre Veränderungen überhaupt zu ermöglichen.

Schlussendlich muss ich mir eingestehen, dass diese Diplomarbeit lediglich die theoretische Vorstellung der Grundbedingungen einer radikalen Demokratie, die ursprünglich gedacht ist und sich gegensätzlich zu der im Liberalismus und Neoliberalismus betriebenen Geschichte der Begrenzung der Demokratie verhält, in den diskursiven Raum positionieren konnte. Die Frage nach der Funktionsfähigkeit eines neuen Systems von Demokratie, welches nicht durch die Dominanz von liberaler und neoliberaler Konzeption bedingt ist, kann in diesem Zusammenhang nur gestellt aber nicht konkret beantwortet werden. Dennoch ist es sinnvoll, auf diese Weise über Alternativen, seien es auch nur abstrakte Ideen, zu aktuell dominanten Demokratiekonzeption kritisch zu reflektieren.

Wenn Politik und Demokratie als Synonym betrachtet werden, eignet sich folgendes Zitat über das Bestreben von Sokrates, um den politischen und wissenschaftlichen Anspruch der radikal und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption in kurzer Form zu verdeutlichen:

„Sokrates ist kein Philosoph, der über die Politik Athens nachdenkt. Er ist der einzige Athener, der versteht, ‚die Dinge der Politik zu praktizieren‘, wahrhaft Politik zu machen, eine Politik, die sich allem entgegensetzt, was man in Athen so unter dem Namen der Politik betreibt.“ (Rancière 2002: 8)

4. Erkenntnisgewinn

Durch die Einführung liberaler Demokratien wurde StaatsbürgerInnen erstmals eine konkret institutionalisierte Form von politischer Partizipation ermöglicht, nämlich das Recht RepräsentantInnen zu wählen. Diese Art von Partizipation widerspricht jedoch

dem Anspruch einer radikalen Demokratie, welcher durch die Gewährleistung von Gleichheit und Volkssouveränität besticht.

Im Gegenteil dazu, wird im Liberalismus die Demokratie begrenzt und zwar durch die Begrenzung von politischen Entscheidungsfeldern, öffentlichen Räumen und von demokratischer Partizipation. Da bei der Teilhabe der BürgerInnen an Politik und Demokratie das Hauptaugenmerk auf den Akt der Wahl von RepräsentantInnen gelegt wird, verliert Demokratie, in ihrer radikalen Grundform gedacht, den Anspruch, die egalitäre Partizipation möglichst vieler Menschen an demokratischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen zu gewährleisten. Durch diese Dynamik wird die Gefahr einer Fortführung der Elitenherrschaft aus Feudalismus und Absolutismus erhöht.

Der Großteil liberaler TheoretikerInnen setzt sich für den Erhalt einer Elitenherrschaft und für die Begrenzung der Volkssouveränität ein, weil sie meinen, dass sich die meisten Bürger nicht für politische Auseinandersetzungen interessieren und ihnen der Intellekt dafür fehlt (vgl. Lösch 2008: 225). Dieses Vorurteil ist paradox, da ich denke, dass gerade wegen der Begrenzung von Volkssouveränität und politischer Partizipation eine gewisse Politikverdrossenheit und Resignation unter den BürgerInnen, die sich nicht in elitären Kreisen bewegen, zustande gekommen ist.

Alles in allem lassen sich die Begrenzungen von demokratischer Partizipation und von politischen Feldern als Grundmerkmale einer liberalen Demokratiekonzeption feststellen. Dadurch wird der Anfang einer Geschichte von Begrenzung der Demokratie gekennzeichnet. Diese Geschichte wird im Neoliberalismus fortgeführt.

Unter anderem durch die „Vervielfachung der Unternehmensform“ (Foucault 2006: 210) innerhalb von liberal-demokratischen Staaten und Gesellschaften im Neoliberalismus. Dies führt zu einer Entdemokratisierung, da Unternehmen in der Regel vordergründig an Leistung, Gewinn und Effizienz und nicht an Prinzipien und Entscheidungsformen verschiedenster Demokratiekonzeptionen interessiert sind. Eine derartige Vervielfachung stellt somit sowohl für eine radikal gedachte als auch für eine liberale Demokratie eine große Gefahr dar.

Wie schon im Liberalismus wird im modernen Neoliberalismus die Begrenzung von politischen Feldern und demokratischer Partizipation propagiert und als notwendig gesehen. In Folge wird der politische Raum, wo eigentlich die demokratische Partizipation möglichst vieler Menschen stattfinden sollte, auf ein Minimum

beschränkt, da sich neoliberale AkteurInnen und Kräfte des Kapitals vor der Herrschaft der Massen fürchten und eine zu weite Ausdehnung von demokratischen und politischen Entscheidungsfeldern als freiheitsbedrohend ansehen. In dieser Hinsicht steht der Neoliberalismus in der Tradition der liberalen Demokratiekonzeption.

Somit wird die Gefahr einer Elitenregierung durch die neoliberale Demokratiekonzeption verdeutlicht, wodurch die alleinige Verwendung des Demokratiebegriffs in diesem Fall paradox erscheint, da ein hoch angesetzter und radikaler Demokratieanspruch das Vorhandensein weitreichender egalitärer Partizipationsmöglichkeiten voraussetzt, wodurch Hierarchien eigentlich abgebaut werden sollten. Im Neoliberalismus wird sogar das liberal-demokratische Prinzip der Repräsentation unterminiert, weil das Parlament zur Tribüne wird, auf der bereits im Vorhinein getroffene Entscheidungen lediglich in einem dramaturgischen Rahmen der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die politische Entscheidungsbildung wird zum Großteil hinter verschlossenen Türen (vgl. Lösch 2008: 282-283) durch Gremien, denen politische, wirtschaftliche, intellektuelle und andere Eliten angehören, abgewickelt.

Durch die systematische Annäherung an die Verwirklichung einer absoluten Elitenherrschaft, im Rahmen des beschriebenen Machtverschiebungsprozesses, verlieren moderne Demokratien sogar den sehr gering angelegten Demokratieanspruch des Liberalismus. Nämlich die freie und allgemeine Wahl von RepräsentantInnen als InteressensvertreterInnen und deren wirkungsvollen Einfluss auf politische Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse.

Dieser geringe Demokratieanspruch und dessen fortgeführte Unterminierung im Neoliberalismus führen zu der vorherrschenden Politik- und Demokratieverdrossenheit in westlichen Demokratien oder Demokratien westlichen Vorbildes. Da der liberal-demokratisch legitimierte Staat im Neoliberalismus im Allgemeinen und die Repräsentation des Volkes durch das Parlament im Speziellen an Bedeutung verliert, fühlen sich die BürgerInnen durch den Staat im ganzen nicht mehr vertreten (vgl. Weyman 2004: 87-88).

Neoliberale AkteurInnen nutzen die Verdrossenheit der BürgerInnen über Politik und liberale Demokratie aus, um die konzeptionelle und systemische Dominanz ihrer Denkvorstellungen zu erreichen. Gleichzeitig wird das liberale Paradigma der

Begrenzung der Demokratie, durch eingeschränkte Partizipationsmöglichkeiten und stark beschränkte Volkssouveränität, im Neoliberalismus aufgenommen und sogar noch erweitert. Diese Erweiterung der Begrenzung der Demokratie findet, wie bereits erwähnt, durch die Unterminierung der Bedeutung von Staat und Parlament und durch die schrittweise Annäherung an die Verwirklichung einer absoluten Elitenherrschaft statt. Es ist nicht schwer nachzuvollziehen, dass diese neoliberalen Entwicklungen die Politik- und Demokratieverdrossenheit im Endeffekt noch weiter verstärken.

Ein weiterer Punkt der Begrenzung der Demokratie im Neoliberalismus, besteht in der Hervorhebung der Bedeutung von Einzel- und Gruppeninteressen. Während bei einer radikalen und ursprünglich gedachten Demokratiekonzeption, neben der Gewährleistung der Volkssouveränität durch das Vorhandensein egalitärer Partizipationsmöglichkeiten, das Gemeinwohl eine wichtige Rolle spielt, tritt im Neoliberalismus der Faktor von einzelnen Interessen in den Vordergrund.

Alles in allem zeigt sich, dass die Geschichte der Begrenzung von Demokratie, welche in der liberalen Demokratiekonzeption ihren Anfang nahm, in der neoliberalen Demokratiekonzeption aufgenommen, fortgeführt und erweitert wurde und zwar in einer ausgeprägten Weise. Allein die Verwendung des Begriffs „Demokratie“ für das System von liberalen und neoliberalen Demokratien erscheint nicht sinngemäß, da dieses System einem hoch angelegten Demokratieanspruch beziehungsweise einer radikalen Demokratiekonzeption nicht genügt.

Obwohl der radikal-demokratische Diskurs, einerseits eine ausführliche Kritik am Neoliberalismus und dessen Einfluss auf Demokratie ausübt, und andererseits wichtige Faktoren wie Gleichheit und Konflikt als demokratische Prinzipien betont, gibt es dennoch einige Kritikpunkte an diesem Diskurs.

In diesem Sinn stimme ich dem Inhalt der Theorien zentraler AutorInnen des radikal-demokratischen Diskurses in einem bestimmten Ausmaß zu. Dennoch will ich kritisch anmerken, dass in diesem Diskurs zum Großteil von einer liberalen Demokratieform ausgegangen beziehungsweise eine liberale Demokratiekonzeption reproduziert wird. Da ich den Anfang der Geschichte der Begrenzung von Demokratie in der Entwicklung liberaler Demokratien sehe, habe ich nicht nur, so wie es verallgemeinert im radikal-demokratischen Diskurs vorgenommen wird, die

neoliberale Demokratiekonzeption direkt kritisiert, sondern ebenfalls die liberale Demokratieform an sich. Weiters teile ich die Auffassung, dass der Konflikt für die Demokratie eine bedeutungsvolle Rolle spielt, würde diesen Faktor aber nicht derart in den Mittelpunkt stellen, wie die VertreterInnen des radikal-demokratischen Diskurses.

Insgesamt ist festzuhalten, dass aus einer verallgemeinernden Perspektive die meisten VertreterInnen des radikal-demokratischen Diskurses zwar die Bedeutungszunahme von Gleichheit als demokratisches Prinzip fordern, aber gleichzeitig nicht als das zentrale Element beziehungsweise als die zentrale Grundbedingung von Demokratie festmachen. Die Gleichheit wird im Rahmen dieses Diskurses eher als wichtiges Prinzip unter anderen, wie zum Beispiel die liberale Freiheit oder Konfliktbeschaffenheit, dargestellt. Dies lässt sich dadurch erklären, dass der Anspruch des radikal-demokratischen Diskurses zum Großteil darin besteht, die liberale Demokratieform zu erhalten oder zu radikalisieren und nicht darin, revolutionäre Alternative aufzuzeigen.

Das radikal-demokratische Prinzip der Gleichheit an sich wird in erster Linie durch wirkungsvolle Partizipationsmöglichkeiten für alle BürgerInnen im allgemeinen Maß gewährleistet. Dadurch wird in Folge auch eine Volkssouveränität überhaupt erst möglich. Hier zeigt sich, dass die Demokratiebedingungen, wie Partizipation, Gleichheit und Volkssouveränität, eng miteinander zusammenhängen und sich in einem gegenseitigen Wechselspiel befinden. Da die radikal-demokratische Gleichheit durch eine neoliberal-angestrebte Verwirklichung einer absoluten Elitenherrschaft, sprich der Zustand, wo nur mehr elitäre Gruppen wirkungsvoll an Demokratie und Politik partizipieren können, bedroht wird, ist es von höchster Bedeutung, diese Dynamik aufzuzeigen.

Weiters habe ich während des Forschungsprozesses an dieser Diplomarbeit eine Ähnlichkeit zwischen meiner radikalen Demokratiekonzeption und der Konzeption des antiken Athens, in der Hervorhebung der Bedeutung von egalitärer Partizipation als wahre Volkssouveränität gefunden. In Folge konnte ich den Zusatz „ursprünglich gedacht“ als weiteres Adjektiv neben „radikal“ vor die in dieser Diplomarbeit

entwickelte Demokratiekonzeption stellen. Die Radikalität dieser Konzeption wird unter anderem dadurch bedingt, dass sich ihr theoretischer Ankerpunkt in den Ideen der demokratischen Ursprungsform im antiken Athen, ausmachen lässt. Neben dem Aspekt der egalitären Partizipation und der Beachtung des Gemeinwohls als demokratisches Prinzip, gibt es noch zwei weitere Faktoren, welche die Radikalität dieser spezifischen Demokratiekonzeption bestimmen. Nämlich die Forderung nach Revolution und die Forderung jedem Subjekt einer demokratischen Gesellschaft das Recht auf egalitäre Partizipationsmöglichkeiten an demokratischen- und politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen zuzugestehen.

In der Forderung nach dem allgemeinen Partizipationsrecht als Grundbedingung für eine radikal und ursprünglich gedachte Demokratie, geht es darum, dass nicht nur StaatsbürgerInnen der jeweiligen Nationen die Möglichkeit haben an Demokratie und Politik zu partizipieren, sondern alle Subjekte einer Gesellschaft oder BewohnerInnen des betroffenen geographischen Gebietes das Recht auf egalitäre Partizipation haben. Es ist notwendig, ein derartiges Recht einzufordern, da zum Beispiel Staatenlose und MigrantInnen in neoliberalen Demokratien noch weniger oder gar keine Möglichkeiten haben, an Politik und Demokratie zu partizipieren.

Aber nicht nur die Einführung dieses Rechts, sondern ebenfalls die Unbeschränktheit der Partizipation steht bei dieser Einforderung im Mittelpunkt, sprich die Dynamik muss sich gegensätzlich zu der neoliberalen Begrenzung von egalitärer Partizipation und Politikfeldern verhalten, um einem radikalen und ursprünglich gedachten Demokratieanspruch gerecht zu werden. Während bei der neoliberalen Demokratiekonzeption – in Bezug auf egalitäre Partizipation – Ausschluss und Begrenzung im Mittelpunkt stehen, betont die radikal und ursprünglich gedachte Konzeption die Inklusion und Unbeschränktheit.

Auf der anderen Seite enthält die Forderung nach Revolution die Vorstellung, dass der Reflexion über radikale Alternativen zu dominanten Demokratiekonzeptionen und –Systeme im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs keine Barrieren gesetzt werden dürfen.

5. Literaturverzeichnis

Agamben, Giorgio (2001): *Mittel ohne Zweck. Noten zur Politik*, Freiburg; Berlin: Diaphanes.

Altwater, Elmar (2008): *Globalisierter Neoliberalismus*, In: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 50-68.

Altwater, Elmar/ Galtung, Johan/ Madörin, Mascha/ Mahnkopf, Birgit/ Sachs, Wolfgang/ von Werlhof, Claudia (Hrsg.) (2001): *Neoliberalismus. Militarismus. Rechtsextremismus. Die Gewalt des Zusammenhangs*, Wien: Promedia.

Altzinger, Wilfried (1998): *(Neo-)Liberalismus, Globalisierung & Demokratie*, Wien: Sonderzahl.

Badiou, Alain/ Rancière, Jacques/ Riha, Rado (Hrsg.) (2010): *Politik der Wahrheit*, Wien; Berlin: Turia + Kant.

Becker, Joachim (1998): *Der kurze Traum der immerwährenden Demokratie*, In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternative, Heft 1/98, Wien, S.11-22.

Bleicken, Jochen (1985): *Die athenische Demokratie*, Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöningh.

Brand, Ulrich (2011): *Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte. Gegen-hegemoniale Strategien?*, Hamburg: VSA.

Brand, Ulrich (2008): *Gegenhegemonie unter „postneoliberalen“ Bedingungen. Anmerkung zum Verhältnis von Theorie, Strategie und Praxis*, In: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 318-334.

Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Bröckling, Ulrich/ Krasmann, Susanne/ Lemke, Thomas (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Burckhardt, Jacob (1958): *Griechische Kultur*, Berlin: Safari.

Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj (Hrsg.) (2000): *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London; New York: Verso.

Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (Hrsg.) (2008a): *Kritik des Neoliberalismus*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (Hrsg.) (2008b): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Candeias, Mario (2008): *Von der Dialektik des Neoliberalismus zu den Widersprüchen der Bewegungen*, In: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 301-317.

Cornelius, Castoriadis (1990a): *Das Gebot der Revolution*, In: Rödel, Ulrich (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.54-88.

Cornelius, Castoriadis (1990b): *Die griechische polis und die Schaffung der Demokratie*, In: Rödel, Ulrich (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.298-328.

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Demirović, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Demirović, Alex (2008): *Neoliberalismus und Hegemonie*, In: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 17-33.

Derrida, Jacques (1991): *Gesetzeskraft. Der „mystische Grund der Autorität“*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Derrida, Jacques (2002): *Politik der Freundschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Derrida, Jacques (2003): *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dietze, Gabriele/ Brunner, Claudia/ Wenzel, Edith (Hrsg.) (2009): *Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht*, Bielefeld: Transcript.

Flügel, Oliver (2004): *Démocratie à venir. Jacques Derrida*, In: Flügel, Oliver/ Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorie heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S.19-42.

Flügel, Oliver/ Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (2004): *Die Rückkehr des Politischen*, In: Flügel, Oliver/ Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorie heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S.7-16.

Flügel, Oliver/ Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (Hrsg.) (2004): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorie heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Foucault, Michel (2006): *Die Geburt der Biopolitik*, Vorlesung am Collège de France 1978 - 1979, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Friedman, Milton (1984): *Kapitalismus und Freiheit*, Frankfurt am Main; Wien: Ullstein.

Friessner, Helmut (2006): *Demokratie im Fadenkreuz. Die Attacken der Weltwirtschaft auf die demokratische Ordnung*, Wien: Promedia.

Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München: Kindler.

Gauchet, Marcel (1990): *Die totalitäre Erfahrung und das Denken des Politischen*, In: Rödel, Ulrich (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.207-238.

Gaus, Daniel (2004): *Demokratie zwischen Konflikt und Konsens. Zur politischen Philosophie Claude Lefort*, In: Flügel, Oliver/ Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorie heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S.65-86.

Hayek, F. A. v. (1945): *Der Weg zur Knechtschaft*, Erlenbach-Zürich: Rentsch.

Hayek, F. A. v. (1991): *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen: Mohr.

Hayek, F. A. v. (1977): *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, Tübingen: Mohr.

Hayek, F. A. v. (1981): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit*, Landsberg am Lech: Moderne Industrie.

Heidenreich, Nanna/ Karakayali (2009): *Besitzstand und Behauptung. Die phallische Demokratie*, In: Dietze, Gabriele/ Brunner, Claudia/ Wenzel, Edith (Hrsg.): *Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht*, Bielefeld: Transcript, S.117-126.

Heidrun, Abromeit (2002): *Wozu braucht man Demokratie? Die postnationalen Herausforderungen der Demokratietheorie*, Opladen: Leske + Budrich.

Heil, Reinhard (2004): *Die Kunst des Unmöglichen. Slavoj Žižeks Begriff des Politischen*, In: Flügel, Oliver/ Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorie heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S.230-254.

Heil, Reinhard (2006): *Slavoj Žižeks Kritik des radikaldemokratischen Diskurses*, In: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie?*, Bielefeld: Transcript, S.237-252.

Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.) (2006a): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie?*, Bielefeld: Transcript.

Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (2006b): *Die unendliche Aufgabe*, In: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie?*, Bielefeld: Transcript, S.7-24.

Hengsbach, Friedhelm (2008): *Eine demokratische Aneignung des Kapitalismus*, In: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 374-393.

Hetzel, Andreas (2004): *Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclaus Transformation der Politischen Theorie*, In: Flügel, Oliver/ Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorie heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S.185-210.

Hetzel, Andreas (2006): *Klassische Rhetorik und radikale Demokratie*, In: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie?*, Bielefeld: Transcript, S.25-56.

Jörke, Dirk (2004): *Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe*, In: Flügel, Oliver/ Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorie heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S.164-184.

Jörke, Dirk (2006): *Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien?*, In: Heil, Reinhard/Hetzl, Andreas (Hrsg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie?*, Bielefeld: Transcript, S.253-266.

Laclau, Ernesto (2007): *Emanzipation und Differenz*, Wien: Turia+Kant.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2006): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, 3. Auflage, Wien: Passage.

Lefort, Claude (1990a): *Die Frage der Demokratie*, In: Rödel, Ulrich (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.281-297.

Lefort, Claude (1990b): *Vorwort zu Éléments d'une critique de la bureaucratie*, In: Rödel, Ulrich (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.30-53.

Lefort, Claude/ Gauchet, Marcel (1990): *Über die Demokratie: Das Politische und die Instituierung der Gesellschaft*, In: Rödel, Ulrich (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.89-122.

Lösch, Bettina (2008): *Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie*, In: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (Hrsg.): *Kritik des Neoliberalismus*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Marchart, Oliver (Hrsg.) (1998): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien: Turia + Kant.

Machart, Oliver (2010): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Berlin: Suhrkamp.

Machart, Oliver (2006): *Ein revolutionärer Republikanismus – Hannah Arendt aus radikaldemokratischer Perspektive*, In: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie?*, Bielefeld: Transcript, S.151-168.

Macpherson, C.B. (1967): *Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Macpherson, C.B. (1977): *Demokratietheorie. Beiträge zu ihrer Erneuerung*, München: Beck.

Macpherson, C.B. (1983): *Nachruf auf die liberale Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Maur, Wolf in der (1990): *Liberalismus*, Wien: HPT.

Mouffe, Chantal (2008): *Das demokratische Paradox. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*, Wien: Turia + Kant.

Mouffe, Chantal (Hrsg.) (1999a): *Dekonstruktion, Pragmatismus und die Politik der Demokratie*, In: Mouffe, Chantal (Hrsg.): *Dekonstruktion und Pragmatismus. Demokratie, Wahrheit und Vernunft*, Wien: Passagen Verlag, S.11-36.

Mouffe, Chantal (Hrsg.) (1999b): *Dekonstruktion und Pragmatismus. Demokratie, Wahrheit und Vernunft*, Wien: Passagen Verlag.

Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Neumann, Franz (1998): *Handbuch politische Theorien und Ideologien*, Opladen: Leske + Budrich.

Niederberger, Andreas (2004): *Aufteilung(en) unter Gleichen. Zur Theorie der demokratischen Konstitution der Welt bei Jacques Rancière*, In: Flügel, Oliver/ Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorie heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S.129-146.

Niederberger, Andreas (2006): *Integration und Legitimation durch Konflikt? Demokratie und ihre Grundlage im Spannungsfeld von Dissens und Konsens*, In: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie?*, Bielefeld: Transcript, S.267-280.

Plattner, Marc F. (1998): *Liberalism and Democracy. Can't Have One Without the Other*, In: *Foreign Affairs*, March/April 1998, S.171-180.

Ptak, Ralf (2008): *Grundlagen des Neoliberalismus*, In: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (Hrsg.): *Kritik des Neoliberalismus*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-86.

Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rancière, Jacques (2010a): *Demokratie und Postdemokratie*, Badiou, Alain/ Rancière, Jacques/ Riha, Rado (Hrsg.): *Politik der Wahrheit*, Wien; Berlin: Turia + Kant, S.119-156.

Rancière, Jacques (2010b): *Gibt es eine politische Philosophie?*, Badiou, Alain/ Rancière, Jacques/ Riha, Rado (Hrsg.): *Politik der Wahrheit*, Wien; Berlin: Turia + Kant, S.79-118.

Rödel, Ulrich (Hrsg.) (1990): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schumpeter, Joseph Alois (1980): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, München: Francke.

Thielemann, Ulrich (2009): *System Error. Warum der freie Markt zur Unfreiheit führt*, Frankfurt am Main: Westend..

Virchow (2008): *Der neoliberale Staat, die private Produktion von „Sicherheit“ und die Transformation der Bürgerrechte*, In: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 224-242.

Von Mises, Ludwig (1972): *Liberalismus*, Jena: G. Fischer.

Vorländer, Hans (2009): *Demokratie. Geschichte. Formen. Theorie*, München: C.H. Beck Wissen.

Weymans, Wim (2008): *Pierre Rosanvallon und das Problem der Politischen Repräsentation*, Flügel, Oliver/ Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorie heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. S.87-112.

Zakaria, Fareed (1997): *The Rise of Illiberal Democracy*, In: Foreign Affairs, November/December 1997, S. 22-43.

Žižek, Slavoj (2000): *Class Struggle or Postmodernism? Yes Please!*, In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj (Hrsg.) *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London; New York: Verso, S.90-135.

6. Anhang

6.1 Inhaltsangabe

Der zentrale Untersuchungsgegenstand dieser Diplomarbeit liegt in der Erforschung einer neoliberalen Demokratiekonzeption und deren Bedeutung für den Entwicklungsprozess von Demokratiesystemen im Allgemeinen. Im Rahmen einer kritischen Reflexion wird die Dominanz einer derartigen Konzeption im Diskurs und im System westlicher Demokratien oder Demokratien westlichen Vorbildes analysiert und hinterfragt.

Der Analyseteil dieser Arbeit gliedert sich in zwei große Bereiche: Im ersten Teil wird ganz allgemein das Verhältnis von Demokratie und Neoliberalismus beschrieben, in dem unter anderem näher auf sogenannte neoliberale Logiken eingegangen wird, und undemokratische Aspekte in der liberalen und neoliberaler Demokratiekonzeption aufgezeigt werden. Dabei offenbart sich unter anderem, dass der liberale und neoliberale Einfluss auf die dominante Demokratiekonzeption zu einer Geschichte der Begrenzung von Demokratie geführt hat. In diesem Abschnitt sind auch der Unterschied zwischen einem positiven und negativen Freiheitsbegriff und der Versuch einer kurzen Definition der Begriffe „Demokratie“ und „Neoliberalismus“ festgehalten.

Der zweite Teil behandelt den radikal-demokratischen Diskurs. Dabei findet eine Gegenüberstellung von der neoliberalen Demokratiekonzeption mit radikal-demokratischen Demokratiekonzeptionen statt. Ich habe mich entschieden unter anderem den radikal-demokratischen Diskurs in meiner Diplomarbeit zu behandeln, da ich untersuchen will, ob es Ähnlichkeiten zu meiner eigenen Vorstellung einer radikalen und ursprünglich gedachten Demokratie gibt. Dafür wird der Inhalt des

radikal-demokratischen Diskurses grob umrissen und stark verallgemeinert. Dabei wird die Essenz dieses Diskurses herausgearbeitet und nicht auf das gesamte Theoriefeld aller am Diskurs teilnehmenden AutorInnen genauer eingegangen, sondern es werden exemplarisch Theorien der wichtigsten AutorInnen, wie Jacques Derrida, Marcel Gauchet, Claude Lefort, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und Jacques Ranciere, vorgestellt. Zusätzlich gibt es ein eigenes Kapitel, welches die Kritik am radikal-demokratischen Diskurs beinhaltet.

In den verschiedenen Kapiteln wird des Öfteren eine radikale und ursprünglich gedachte Demokratiekonzeption beziehungsweise ein derartiges Modell von Demokratie angesprochen. Der Entwicklungsprozess dieser spezifischen Konzeption öffnet sich dem Leser bei der Lektüre der einzelnen Kapitel schrittweise und erreicht seinen Endpunkt in dem Kapitel 3.5 „Radikale Demokratie ursprünglich gedacht und die Forderung nach Revolution“. Erst dort sind eine schlussendliche Ausformulierung und die Aufzählung der konkreten Grundprinzipien dieser Konzeption zu finden. In Kapitel 3.4 „Athenische Demokratie“ wird erklärt, wieso meine eigene radikale Demokratiekonzeption, nicht nur als radikal sondern auch als ursprünglich gedacht zu bezeichnen ist.

In Kapitel 5 „Erkenntnisgewinn“ sind die gesammelten Erkenntnisse in einem Fazit summarisch dargestellt.

6.2 Abstract

The central subject of study for this diploma thesis is the research of a neoliberal idea of democracy and its impact for the development process of democratic systems in general. The dominance of this conception in the discourse and in the system of western democracies or democracies of western standard is analyzed and examined within the scope of a critical reflection.

The analytic part of my diploma thesis is divided in two large parts: in the first one the relation between democracy and neoliberalism is described in general. Also neoliberal logics are more detailed described in the chapter and undemocratic aspects of liberal and neoliberal conception of democracy are presented. It turns out

that the liberal and neoliberal influence on the dominant conception of democracy produces a story of limitation of democracy. In this part the difference between positive and negative concept of freedom is described and the attempt of a short definition of terms like “democracy” and “neoliberalism” is contained.

The second part deals with the radical-democratic discourse. The comparison between a neoliberal conception of democracy and radical-democratic conceptions of democracy is drawn in this second part. On the one hand I have decided to deal with the radical-democratic discourse in my paper because I wanted to analyze if there were any similarities compared to my own conception of a radical and originally intended democracy. On the other hand the content of the radical-democratic discourse is presented in a rough outline and strongly generalized. In the attempt to elaborate the essence of this discourse, theories of the most important authors like Jacques Derrida, Marcel Gauchet, Claude Lefort, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe and Jacques Ranciere are presented as an example but not all authors participating in this discourse can be studied detailed in my paper. In addition a chapter of my thesis deals with criticism on the radical-democratic discourse.

In several chapters the radical and originally intended democracy or such a model of democracy is mentioned. On reading the different chapters, the developing process of this specific conception is opened – step by step – to the reader and reaches the final point in the chapter 3.5 “Radikale und ursprünglich gedachte Demokratie und die Forderung nach Revolution”. The final description and the listing of concrete basic principles of this conception are summarized in this chapter. Chapter 3.4 “Athenische Demokratie” explains why my own radical conception of democracy can be described not only radical but also originally intended.

In chapter 5 “Erkenntnisgewinn” all amount of new knowledge is summarized and presented as a summary in a conclusion.

6.3 Lebenslauf

Personalien

Vor- und Nachname: Felix Kristan

Geburtstag: 30. April 1987

Geburtsort: Wien

Email: felixkristan@hotmail.com

Staatsbürgerschaft: Österreich

Bildungsgang

Wien 8, Piaristenvolksschule, 1993-1997

Wien 8, Piaristengymnasium, 1997-2005 (Matura)

Universität Wien, Studium der Politikwissenschaften und Philosophie
(Studiumsbeginn: WS 2006/07)

Aktivitäten

August 2005 Ferialjob in der Bibliothek des jüdischen Museums

2006 Zivildienst im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
(Archivarbeit und Benutzerdienst)

August 2008 Ferialpraktikum in der Wirtschaftsredaktion der Kronenzeitung

August 2009 Ferialpraktikum in der Wien Bibliothek